Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1950

59 (10.3.1950)

Visual Library

BADISCHES

VOLKSECHO

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S 3, 10. Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10. Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25 - 01, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —,54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Städt. Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postscheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 59 — Freitag, 10. März 1950 — Preis 15 Pf.

Aus dem Inhalt:

Der Verrat an Deutschland

Der Maßstab der Menschlichkeit

Durchlöcherung der Verhältniswahl beabsichtigt

Hamburgs große Kundgebung zum 40. Internat. Frauentag

Deutscher Abgeordneter wie Kolonialsklave behandelt

Abg. Lehmann vor britischem Militärgericht: „Die Besatzungsmacht geht mit Panzern gegen Arbeiter und mit brutaler Gewalt gegen deutsche Abgeordnete vor

Hannover. (E. B.) Der brutalen Verhaftung des Landtagsabgeordneten Robert Lehmann durch die britische Militärpolizei entsprach seine Vorführung vor das Niedere Gericht der Hohen Kommissare am Donnerstagvormittag in Hannover. Der Zugangsweg zum Verhandlungsraum war durch ein großes Aufgebot von deutschen Polizeibeamten gesichert. Von Bänken errichtete Barrikaden sollten herbeigeeilte Männer, Frauen und Jugendliche von Hannover daran hindern, mit dem Abg. Robert Lehmann in Verbindung bzw. in den Verhandlungsraum zugelangen. Wie ein Schwerverbrecher wurde Abg. Robert Lehmann von einer großen Anzahl britischer Militärpolizisten in den Verhandlungsraum geschleppt. Unter die Sympathiekundgebungen der anwesenden Deutschen für Landtagsabgeordneten Robert Lehmann mischten sich die Pfui-Rufe gegen die Kolonialjustiz der Besatzungsmacht.

„Mit Panzern gegen Arbeiter, mit brutaler Gewalt gegen deutsche Abgeordnete", mit diesen Worten betrat Robert Lehmann den Verhandlungsraum, in dem ihm trotz Verhinderungsversuche der Militärpolizisten, der Vorsitzende der KPD, Max Reimann, der zu dieser Verhandlung erschienen war, die Hand reichte und damit zum Ausdruck brachte, daß die freiheitsliebende deutsche Bevölkerung Robert Lehmanns Verhaftung mit als einen Teil ihres Kampfes um die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands betrachtet. Nur wenigen Deutschen, unter ihnen der Bundestagsabgeordnete Kurt Müller, war es gelungen, in den Verhandlungsraum zu gelangen.

Nachdem der britische Sicherheits-Offizier Oberst Witham, dem Präsidenten noch einmal seine „Heldentat" im niedersächsischen Landtagsgebäude geschildert hatte, bekam auch Robert Lehmann die Möglickeit, einige Ausführungen zu machen. Während dieser gefiel sich der Dolmetscher des Gerichts damit, Robert Lehmann ständig rüpelig zu unterbrechen und seinerseits ein Verhör anzustellen. Zuerst schilderte Robert Lehmann, daß er die Entgegennahme der zuerst gestellten Anklage auf Grund seiner Immunität als gewählter Abgeordneter des deutschen Volkes verweigert und dem britischen Landeskommissar, Lingham, in einem Brief mitgeteilt habe, daß die Anklage gegen ihn zumindest auf einem Rechtsirrtum beruhe.

Dann sprach Robert Lehmann zur Immunität und führte aus, daß diese in der Weimarer Republik bestanden hatte und erst durch Hitler geschändet wurde, jedoch nach der Verjagung der Faschisten voll anerkannt wurde. Robert Lehmann sagte: Als durch die Verhaftung Max Reimanns klar wurde, daß die britische Besatzungsmacht die Immunität deutscher Abgeordneter nicht anerkennt, faßte der niedersächsische Landtag einstimmig den Beschluß, daß diese auch vorm britischen Militärgericht zu gelten habe. Diesem Beschluß ist durch den britischen Landeskommissar in seinem Antwortbrief nicht widersprochen worden. Das Bonner Grundgesetz sagt eindeutig, daß die Immunität wieder voll gilt. Dieses Grundgesetz ist von den alliierten Hohen Kommissaren anerkannt und bei den Artikeln, zu denen die Kommissare Vorbehalte machten, wird dieses Recht nicht angetastet. Es gibt kein Gesetz, das den Artikel des Bonner Grundgesetzes zur Immunität deutscher Abgeordneter außer Kraft gesetzt hat. Darum ist es auch vorm Hohen Kommissariat gültig. Nachdem Robert Lehmann ausgeführt hatte, daß die erhobene Anklage gegen ihn ebenfalls nicht legal sei, sagte der Präsident, daß die rechtliche Klärung erst in den nächsten Tagen vorgenommen werden könne. Wörtlich führte er aus: Nach meiner Auffassung kann die Immunität nur durch einen Akt der Hohen Kommissare zugestanden werden, darum kann ich ihrem Antrag, sie aus der Haft zu entlassen, nicht stattgeben, sondern muß sie in Haft behalten!"

Robert Lehmann protestierte noch einmal gegen die weitere Haft, da diese jeder Rechtsgrundlage entbehre und stellte den Antrag auf sofortige Freilassung, da der niedersächsische Landtag gegenwärtig tage. Trotzdem blieb der Präsident bei seinem Spruch: Vertagung des Gerichts bis zum 16. März. Daraufhin wurde Robert Lehmann unter den Pfuirufen der im Gerichtssaal anwesenden Deutschen wieder abgeführt.

Kolonialjustiz gerät in die Klemme

Anklage im Demontagestop-Prozeß bricht zusammen — Die Unrechtmäßigkeit des Schauprozesses

Hannover. (EB). Am vergangenen Verhandlungstag trat im Demontagestop-Prozeß besonders deutlich zu Tage, welche Wirkung der Widerstand breiter deutscher Volksschichten gegen die Kolonial-Justiz, wie sie in diesem Prozeß praktiziert wird, bei dem Gericht selbst hervorgerufen hat. Diese Wirkung, verbunden mit der glänzenden Verteidigung der Angeklagten brachte den wesentlichen Teil der Anklage bereits zu Fall.

Der Anklagevertreter sah sich genötigt, die Anklagepunkte, in denen von einer tatsächlichen Herabminderung des Ansehens der Alliierten und von einer Bedrohung der Sicherheit ihrer Streitkräfte durch das Flugblatt gesprochen wird, zurückzuziehen.

Eine Sensation löste der Antrag des britischen Verteidigers Turner aus, die Angeklagten sofort freizusprechen, da das Gericht aufgrund von Widersprüchen in der alliierten Gesetzgebung überhaupt nicht zuständig für die Behandlung des Falles sei.

Zwar versuchte der Anklagevertreter, sich aus der nunmehr entstandenen prekären Situation durch eine recht unsicher vorgetragene Erklärung zu retten. Als aber Turner diese Erklärung als unzureichend abgetan hatte, sah sich der Gerichtspräsident gezwungen, die Sitzung zu unterbrechen.

Vorher gab es noch eine Kontroverse zwischen dem Angeklagten Holländer und dem Gerichtspräsidenten. Ein von Holländer aufgerufener Zeuge, der Demontagearbeiter Zarrath von der Firma Bamag in Köln, der in Watenstedt-Salzgitter Demontagearbeiten verrichtet, hatte erklärt: „So lange wir Demontagearbeiter noch Rüstungsbetriebe demontieren, glaubten wir, auf diese Art und Weise der Erhaltung des Friedens zu dienen. Heute, nachdem wir die Grundlagen der deutschen Friedensindustrie zerstören sollen, kommen wir uns vor, als ob wir Judas-Arbeiten verrichteten."

Der Gerichtspräsident verhinderte jede weitere Fragestellung Holländers in dieser Richtung. Die jetzt noch zu entscheidende Angelegenheit sei eine Rechtsangelegenheit, die durch Zeugenaussagen nicht mehr geklärt werden könne. „Dies ist ein Gericht", so sagte er, „das nach den Grundsätzen des Gesetzes entscheidet, die Sie nicht verstehen".

Wir glauben, daß es überhaupt kaum Deutsche gibt, die an irgendeine Rechtsmäßigkeit dieses Schauprozesses glauben und seine Gesetzesgrundlagen verstehen, und daß es selbst dem Kolonialgericht schwerfällt, die Rechtsmäßigkeit seines Vorgehens zu beweisen, demonstrierte deutlich der Verlauf der Mittwochs-Verhandlung.

TASS-Dementi zum Fall Fuchs

Berlin. (E. B.) Die sowjetische Nachrichten-Agentur TASS veröffentlichte ein Dementi der Sowjetregierung, daß der wegen Verrat von Staatsgeheimnissen zu 14 Jahren Gefängnis verurteilte britische Physiker Fuchs angeblich Atomgeheimnisse an „Agenten der Sowjetregierung" weitergeleitet haben soll. TASS ist ermächtigt zu erklären, daß diese Behauptung eine grobe Erfindung ist, da Fuchs der Sowjetregierung unbekannt und keine „Agenten" der Sowjetregierung je irgend welche Beziehungen zu Fuchs gehabt haben.

Aufforderung an Bonn:

Tag des nationalen Notstandes ausrufen!

Watenstedt-Salzgitter. (EB) In einer öffentlichen Sitzung des Rates der Stadt forderte die KPD den Rat auf, sich an die Regierung zu wenden. Diese soll aufgefordert werden, einen Tag des nationalen Notstandes zu erklären, an dem der Landtag in Watenstedt-Salzgitter tagen muß. Die einzelnen Fraktionsführer nahmen schärfstens gegen die Demontage Stellung. Ratsherr Riesling (CDU) erklärte, daß man sich bis zum letzten Pulsschlag gegen die Demontage wehren müsse, auch wenn dafür einige verantwortungsvolle Männer der Stadt ins Gefängnis kämen. Der Sprecher der KPD forderte die Zurückstellung aller parteipolitischen Gesichtspunkte und bezeichnete das Vorgehen der westlichen Alliierten als Politik der verbrannten Erde.

Die Aktivität der KPD ist gewachsen

Mit der Nationalen Front um Frieden, Einheit und Unabhängigkeit

Kommuniqué der 15. Tagung des Parteivorstandes der KPD

Zu seiner 15. Tagung war der Parteivorstand der Kommunistischen Partei Deutschlands am 6. und 7. März in Düsseldorf versammelt. Zu dieser Tagung waren Mitglieder der KPD, die in wichtigen Betrieben des Rhein- und Ruhr-Gebietes arbeiten, hinzugezogen.

Nach der Verlesung des Schlußprotokolls der 14. Partei-Vorstands-Tagung erstattete Fritz Rische den Bericht über die Tätigkeit des Sekretariats seit dieser Tagung.

Hierauf folgten Berichte über die Durchführung der Beschlüsse der 14. PV-Tagung. Für den Vorstand des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der KPD berichtete Josef Ledwohn, für den Vorstand des Landesverbandes Bayern Hermann Schirmer und für den Vorstand des Landesverbandes Hamburg Willi Prinz.

Im Mittelpunkt der Tagung stand das mehr als dreistündige Referat des 1. Vorsitzenden der KPD Max Reimann über das Thema „Der Kampf der Nationalen Front um Frieden, Einheit und Unabhängigkeit und die Aufgaben der Partei." Hierbei ging er aus von der Stärkung der Friedenskräfte, die vor allem zum Ausdruck kommen im Abschluß des Bündnis- und Beistandspaktes der Sowjetunion mit dem volksdemokratischen China, sowie in der Zunahme der Kämpfe der arbeitenden Massen in Frankreich und Italien. Max Reimann unterstrich hierbei, wie die Bewegung der Nationalen Front auch in Westdeutschland sich entfaltet. Er behandelte die nächsten konkreten Aufgaben bei der Entwicklung der Ausschüsse der Nationalen Front und der Friedenskomitees auf der Grundlage der Betriebe und den Zusammenhang der Frage des Kampfes für den Frieden mit dem Kampf um die nationale Einheit Deutschlands. Max Reimann sprach dann über die bisher durchgeführte Diskussion der Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes, über die marxistisch-leninistische Festigung der Partei, wobei er feststellte, daß die Aktivität der Partei gewachsen und die Wachsamkeit der Partei größer geworden ist. Er stellte jedoch auch den Mangel fest, daß die Diskussion häufig losgelöst geführt wird von den Tageskämpfen der Arbeiterklasse und den daraus entspringenden Aufgaben der Partei. Zum Schluß begründete Max Reimann die vorliegende Resolution „Die Gewerkschaftsbewegung und die Kommunisten" im Hinblick auf die Offensive der inländischen und ausländischen Monopolkapitalisten und ihres Angriffs auf die Lebenslage des Volkes, insbesondere der Arbeiter in den Betrieben und der Erwerbslosen.

In der nach der Mittagspause des ersten Tages eröffneten und am zweiten Tage fortgesetzten Diskussion, die zum größten Teil von den anwesenden Betriebsarbeitern bestritten wurde, wurden die Ausführungen des Parteivorsitzenden Max Reimann über die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter bestätigt.

Als Gast wohnte der Tagung am 7. März die holländische Genossin Rie Kogenhop, Frauen-Sekretärin des Zentralkomitees der KP der Niederlande, bei. Auf die Bedeutung dieser Tatsache wies Fritz Rische in einer mit großem Beifall aufgenommenen Begrüßungsansprache hin.

Der Parteivorstand ehrte durch Erheben von den Plätzen das Andenken des verstorbenen Genossen Peter Waterkortte, vor 1933 Mitglied der Redaktion der Freiheit, Düsseldorf.

An die Angeklagten im Demontagestop-Prozeß in Hannover wurde ein Begrüßungstelegramm gesandt. Die Veröffentlichung einer Erklärung zu den Pariser Saarverträgen wurde beschlossen.

Der Entwurf der Resolution „Die Gewerkschaftsbewegung und die Kommunisten" wurde mit den von der zu seiner Beratung eingesetzten Kommission vorgeschlagenen Aenderungen einstimmig angenommen. Es wurde beschlossen, die Resolution zu veröffentlichen. Außerdem wurden Richtlinien über die Rolle und den Aufbau der Partei angenommen.

Beschluß:

Der Parteivorstand der KPD begrüßt die Vorschläge und die Initiative fortschrittlicher Frauen aus den Vorbereitenden Komitees zum Internationalen Frauentag, den Demokratischen Frauenbund Deutschlands auch in Westdeutschland zu bilden.

Der Parteivorstand unterstreicht die Notwendigkeit der Schaffung einer fortschrittlichen Frauenorganisation, die den Kampf um den Frieden, die Einheit Deutschlands und die Verbesserung der sozialen und rechtlichen Lage der Frauen konsequent führt, und so zur Verbreiterung und Vertiefung der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands beizutragen.

Darum beschließt der Parteivorstand, daß die Partei der Bildung des „Demokratischen Frauenbundes Deutschlands" ihre vollste Unterstützung gibt.

Im Streiflicht gesehen

Amerikanische MP übt mit Lachgas

Berlin. (EB) Die amerikanische Militärpolizei hat kürzlich im Grunewald Uebungen mit Lachgas abgehalten, das zur Bekämpfung „unerwünschter Menschenansammlungen" verwendet werden soll.

Die Wirkung des Gases hält etwa acht Tage an und es sollen nach ärztlicher Ansicht nur wenige Menschen in der Lage sein, einen derartigen langanhaltenden Krampfzustand lebend zu überstehen. Die amerikanische Militärpolizei betrachtet das wesentlich harmlosere Tränengas als „nicht mehr wirkungsvoll" genug.

Den Uebungen der amerikanischen Militärpolizei wohnten auch Angestellte der Westpolizei bei.

Lastwagen mit Arbeitern vom Zug erfaßt

Köln. Ein Lastwagen, der etwa 30 Arbeiter des Martin-Werkes in Kenten (NRW) von der Arbeitsstätte nach Hause fuhr, wurde in Kenten von einem aus Richtung Rommerskirchen kommenden Personenzug erfaßt und zertrümmert. Zwei Arbeiter waren sofort tot. Alle übrigen wurden — zum Teil lebensgefährlich verletzt — in das Krankenhaus Bergheim eingeliefert. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Pfuirufe gegen den Bundespräsidenten

Hamburg. Als Bundespräsident Professor Dr. Heuß nach der Festaufführung des Oratoriums „Johanna auf dem Scheiterhaufen" die Hamburger Staatsoper verließ, brach eine Gruppe von Demonstranten in laute Pfuirufe aus. In Sprechchören riefen sie „Macht euch nicht das Leben sauer, schmeißt ihn raus, den Adenauer".

Die schwarzen Mucker melden sich

Hannover. Der CDU-Ratsherr Dr. Niggemann erklärte bei der Beratung des Nachtragshaushaltes in der Ratsversammlung von Hannover, daß seine Fraktion künftig keine Mittel mehr für die Bühnen bewilligen würden, wenn mit dem Spielplan nicht mehr Rücksicht auf die „sittlichen Gefühle" der Zuschauer genommen würde. Er nannte dabei besonders die Aufführung von Zuckmayers Komödie „Der fröhliche Weinberg".

Nebel verursacht Unfälle — zwei Tote

Düsseldorf. Der dichte Nebel verursachte in den Morgenstunden des Mittwoch in Nordrhein-Westfalen zwei Zusammenstöße und zahlreiche Autounfälle, bei denen es zwei Tote und 15 Verletzte gab. In Oberhausen-Buschhausen fuhr eine Lokomotive im Nebel auf einen Güterzug, wobei beide Lokomotiven entgleisten und mehrere Güterwagen schwer beschädigt wurden. Dabei kam ein Bahnpolizist ums Leben, vier Mann des Zugpersonals wurden verletzt. Das zweite Zugunglück ereignete sich an einem Bahnübergang zwischen Wickrath und Herrath bei München-Gladbach. Ein Personenzug erfaßte dort einen Autobusanhänger und schleifte ihn 150 m weit mit. Die beiden Insassen des Anhängers wurden verletzt. Die Autounfälle mit einem Toten und mehreren Verletzten werden aus Oberhausen, Mülheim und Düsseldorf gemeldet.

55 000 DM bei der Fürther „Volksbank" verschwunden

Nürnberg. In der Fürther Filiale der „Volksbank" verschwanden in der Nacht zum 2. März 55 000 DM auf bisher noch ungeklärte Weise. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei sind im vollen Gange. Der erste Direktor der bayerischen Landeszentralbank, Nürnberg, Dr. Maximilian Bernhuber, bestätigt einem dpa-Vertreter, daß der Kassenbote der Fürther Volksbank an dem gleichen Tage länger zu tun hatte. Entgegen der sonstigen Gepflogenheiten konnte er das Geld nicht zu der Fürther Zweigstelle der Landeszentralbank bringen, denn diese hatte schon geschlossen.

Brasilianische Protestkundgebung gegen Geschäftsreisende des Krieges

Rio de Janeiro. (Rdfk. und EB). In der brasilianischen Hauptstadt kam es am Tage der Ankunft des bisherigen Leiters der Planungsabteilung des amerikanischen Außenministeriums, Kennan, zu großen Demonstrationen. Kennan ist in Rio de Janeiro eingetroffen, um mit dem amerikanischen diplomatischen Missionschefs in Südamerika zu konferieren. Er ist der Planer des „Kalten Krieges" und der militärstrategischen Unternehmungen der USA in der ganzen Welt. Kein Wunder also, wenn die brasilianische Bevölkerung dagegen Stellung nimmt, daß auf dem Boden ihres Landes an den Kriegsplänen weitergeschmiedet wird. Auch in Sao Paulo wurden aus Anlaß des Kennan-Besuch Demonstrationen durchgeführt.

Die Protestkundgebungen des Volkes in Brasilien sind für das imperialistische Kriegslager umso überraschender gewesen, als bekannt ist, daß die brasilianische Regierung seit Jahren jede fortschrittliche Bewegung im Land brutal unterdrückt. Auch jetzt ließ die Regierung zahlreiche Verhaftungen vornehmen, um den unter starker polizeilicher Bewachung tagenden USA-Diplomaten nachträglich ihre „Stärke" vorzudemonstrieren.

Urteil im Prozeß gegen die USA-Spione in Bulgarien

Berlin. (E. B.) Im Prozeß gegen die bulgarischen Landesverräter, die Spionage im Auftrag der USA trieben, wurde am Mittwoch das Urteil verkündet. Der Hauptangeklagte Schipkoff, ein ehemaliger Angestellter der amerikanischen Gesandtschaft in Sofia, erhielt 15 Jahre Gefängnis. Die Angeklagten Rindova, Kratunkoff, Tsanoff und Maltscheff wurden zu Gefängnisstrafen von vier Jahren und fünf Monaten bis zu 12 Jahren verurteilt.

Französische Polizei wütet im Parlament

In der französischen Kammer wurde ein Antistreikgesetz angenommen, mit dem die französische Regierung dem sich täglich verstärkenden Volkskampf für Brot und Frieden Herr zu werden hofft. Während der Debatte wußte sich der Kammerpräsident Herriot nicht anders zu helfen, als dadurch, daß er 150, besonders ausgesuchte Polizisten, aufforderte, in das Parlament einzudringen. Diese Polizisten gingen mit den brutalsten Mitteln gegen die kommunistischen Abgeordneten vor und scheuten sich nicht, weibliche Abgeordnete an den Haaren zu ziehen, mit Füßen zu treten und am Boden zu schleifen. Die Pariser „Humanité" vom 4. März schreibt zu diesen Vorfällen:

„Diese Vorgänge sind höchst bedeutungsvoll. Sie zeigen einmal mehr, daß die Bourgeoisie gezwungen ist, ihre eigene Legalität, die sie zu ersticken droht, zu verletzen. Die Regierung und ihre Mehrheit sehen kein anderes Mittel mehr, um die Bewegung der vereinigten Arbeiter und der Friedenskämpfer zu zerbrechen, um ihre Kriege, den kolonialen Raubkrieg und den Krieg gegen das Land des Sozialismus, aufzuzwingen, als dadurch, daß sie die Gewalttätigkeit der Polizei verstärken, der sie den faschistischen Terror folgen lassen wollen . . .

Die kommunistischen Abgeordneten waren wirklich die gewählten Volksvertreter die im Parlament für die demokratischen Freiheiten und den Frieden mit derselben Leidenschaft kämpften, wie die Arbeiter und Republikaner im ganzen Lande . . . .

Die Haltung der Verteidiger des Kriegsrechtes im Verlaufe der Parlamentsdebatte ist ein erster Vorgeschmack des Regimes, das sie dem Lande auferlegen wollen. Schon Gedanken sind verdächtig. Das Recht, sie darzulegen, wird unterdrückt. Die Polizei ersetzt die Argumente. Das ist die gewohnte Methode der faschistischen Urheber eines Staatsstreiches."

Leipzig: 142 000 Messebesucher

Leipzig. (E. B.) Die Gesamtzahl der Messebesucher hat sich bis Mittwoch auf 142 000 erhöht. Etwa 17 000 Messegäste kamen aus Westdeutschland. Ueber 2000 Besucher kamen bisher aus dem Ausland. Starke Einkäufer-Kontingente kamen aus Oesterreich, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz, Dänemark und den USA. Auch aus Indien, Kanada, China, Australien und dem Iran trafen Einkäufer ein. Ferner ist eine Anzahl überseeischer Länder mit kleineren Besucher-Kontingenten vertreten. Bis zum Mittwoch sind 200 Sonderzüge und Sondertriebwagen in Leipzig eingetroffen.

Protestdemonstration der VVN in München

München. Tausende VVN-Demonstranten protestierten auf dem „Platz der Opfer des Faschismus" in München gegen die Verzögerung der Wieder-Gutmachung.

Die Protestversammlung war von der VVN seit Wochen angekündigt worden. Ernst Lörcher, vom Vorstand der Bayerischen VVN, warf in einer kurzen Ansprache dem Präsidenten des bayerischen Landesentschädigungsamtes, Dr. Philipp Auerbach vor, er sei nicht mehr der Vertreter der Verfolgten sondern des bayerischen Fiskus. Lörcher wandte sich gegen den Verfassungsbruch Dr. Auerbachs, der einem Beamten und Angestellten untersagte, an der VVN-Kundgebung teilzunehmen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Der Verrat an Deutschland

Von Fritz Nikolay, Landesvorsitzender der KPD, Saar

Die Pariser Verhandlungen dienten nicht der deutsch-französischen Verständigung und der Sache des Friedens. Sie stellen eine weitere Verletzung der Potsdamer Beschlüsse dar, die mit der Durchführung der Politik des wirtschaftlichen Anschlusses der Saar an Frankreich ihren Anfang nahm. Die Verhandlungen in Paris wurden zu dem Zweck geführt, um Entscheidungen, die durch die Friedensverhandlungen mit Deutschland hinsichtlich der Saar getroffen werden könnten, vorzugreifen und vollendete Tatsachen zu schaffen. Die Verpachtung und die damit verbundene Uebertragung des Ausbeutungsrechtes der Saargruben an die französische Regierung wurde mit der Absicht beschlossen, die Saargruben endgültig aus dem deutschen Wirtschaftssystem herauszureißen und deutsches Volkseigentum französischen Konzernherren auszuliefern, deren Sachverwalter die französische Regierung ist.

Die Ergebnisse der Politik des wirtschaftlichen Anschlusses und die der Pariser Verhandlungen bewiesen eindeutig, daß es der französischen Regierung nicht um die Interessen des französischen Volkes oder die der „Saarländer" geht, sondern um die Industrie, die Kohle, um die Milliardengewinne, die sie bisher unter Ausnutzung des friedlosen Zustandes einzog und in Zukunft einziehen will. In der Konvention über die Saargruben wurde festgelegt, daß die französische Regierung an die Regierung des Saargebietes für eine Tonne Kohle 36 Pfennig als Vergütung zahlt. Die Jahresproduktion erreicht gegenwärtig 15 Millionen Tonnen. Ein Vergleich des Vergütungssatzes mit dem tatsächlichen Preis auf dem Kohlenmarkt läßt das glänzende Geschäft erkennen, das die französische Regierung mit der Regierung des Saargebietes abgeschlossen hat.

Die Politik der Verschacherung der Saargruben wird von den Ministern und der Mehrheit der Delegationsmitglieder aus dem Saargebiet, die an den Pariser Verhandlungen teilnahmen, mit dem Gerede über die Sicherung des Arbeitsplatzes verteidigt. Aber der Arbeitsplatz ist keineswegs gesichert. Die Krise hat bereits das französische kapitalistische Wirtschaftssystem erfaßt, wodurch eine Vollbeschäftigung und Sicherung des Arbeitsplatzes gefährdet wird. Die erste Feierschicht auf den Kohlengruben des Saargebietes und Lothringens unterstreicht diese Feststellung.

Richard Kirn, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes und Dr. Heinz Braun, sind die beiden sozialdemokratischen Minister, die mit den CVP- (CDU) Ministern die Saarregierung bilden. SPD- und CVP-Minister haben sich während der Pariser Verhandlungen mit ganzer Kraft gegen die Vertreter des Industrieverbandes Bergbau gewandt, die gegen die Unterzeichnung der Konventionen über die Saargruben auftraten, da nach ihrer Ansicht die Eigentumsfrage der Saargruben nur durch die Friedensverhandlungen geklärt werden kann und aus diesem Grunde die Verpachtung im Widerspruch zum Völkerrecht steht. Wie verlautet, sollen Ministerpräsident Hoffmann und Richard Kirn die Haltung der Vertreter des Industrieverbandes Bergbau als taktlos bezeichnet haben. Entgegen der lügnerischen Behauptung, daß es der Wunsch der Saarbevölkerung war, diese Unterzeichnung der Konventionen in Paris vorzunehmen, stellen wir fest, daß die Saarbevölkerung vor und während der Verhandlungen in Paris weder über den Inhalt der Konventionen noch über den Verlauf der Verhandlungen informiert wurde. Die Versuche der Kommunistischen Partei, die wahren Hintergründe über Zweck und Ziel der Pariser Verhandlungen in der Presse und in öffentlichen Versammlungen klar zu legen, wurde mit drakonischen Verbotsmaßnahmen durch den CVP-Minister Dr. Strauß beantwortet.

Die Politik der „Saarländischen Autonomie" ist gegen die Einheit Deutschlands gerichtet und ein Betrugsmanöver, durch das man die Bevölkerung des Saargebietes für die Regierung Hoffmann auch weiterhin gewinnen möchte. Die sozialdemokratische Parteiführung entstellt das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen und leitet davon das Recht auf Autonomie des Saargebietes ab. Die Bevölkerung des Saargebietes ist nur deutsch und alle Entscheidungen über die Zukunft des Saargebietes müssen von der ganzen deutschen Nation und nicht von einem ihrer Teile getroffen werden.

Was die soviel gepriesene ‚Autonomie' betrifft, so hat die politische Konvention an den Machtbefugnissen der französischen Regierung im Saargebiet nichts geändert. Verwaltungsmäßige und polizeiliche Aufgaben wurden zugunsten der Saarregierung erweitert, aber auch dies geschah nur im Rahmen der durch den wirtschaftlichen Anschluß gezogenen Grenzen.

Der gegenwärtige Zustand des Saargebietes kommt demjenigen eines französischen Koloniallandes gleich, wobei es bedeutungslos ist, ob der Vertreter der französischen Regierung den Titel eines Hohen Kommissars oder den eines Diplomaten trägt.

Die Saarbevölkerung fühlt mit jedem Tage mehr, daß die französische Regierungspraxis nichts anderes ist, als eine kalte Annektion der Saar, die auch von dem französischen Volke abgelehnt wird, das wohl Sicherheit fordert, sich aber ganz entschieden gegen die Politik der amerikanischen Imperialisten wendet, für die die Saar nur eine Figur auf dem Schachbrett ihrer kriegsvorbereitenden Politik darstellt.

Die Maßnahmen der französischen Regierung zielen darauf ab, die Saar ein für allemal von Deutschland zu trennen.

Die Kommunistische Partei solidarisiert sich als die einzige deutsche Partei an der Saar mit dem Industrieverband Bergbau, der einstimmig die Verpachtung der Saargruben ablehnte und die Abgeordneten des Landtags davor warnte, die Konvention über die Saargruben zu ratifizieren. Die Kommunistische Partei reicht allen die Hand, die mit ihr gemeinsam gegen den nationalen Verrat an unserer deutschen Heimat auftreten und setzt sich für die Bildung der Nationalen Front an der Saar ein, für eine einheitliche Demokratische Deutsche Republik, die Frieden, Arbeit und Brot für das ganze deutsche Volk garantieren wird.

Riesenkundgebung zum 40. Internationalen Frauentag

„Gegen Heuß und Adenauer, errichten wir die Friedensmauer"

Hamburg, (EB.). Mehr als 8000 Teilnehmer, Frauen und Mütter, zählte der große Fackelzug, der durch die Straßen Hamburgs zu der Kundgebung auf dem Schinkelplatz zog.

Die Demonstration wurde von Vertreterinnen der Hamburger Frauenorganisationen angeführt. Unter ihnen befanden sich die Vertreterin der niederländischen Frauenbewegung, Frau Rie Kogenhop, sowie Frau Marga Reimann.

Außerordentlich stark war die Beteiligung der Jugend, die in Sprechchören zum Kampf gegen die Remilitarisierung und gegen die Adenauer-Regierung aufrief. Besonderen Beifall fand ein mitgeführtes Transparent, welches die Aufschrift trug: „Gegen Heuß und Adenauer, errichten wir die Friedensmauer".

Auf großen Transparenten trugen die Frauen überlebensgroße Portraits Klara Zetkins und Mdm. Curies.

Ein Beifallsturm der Versammelten auf dem Schinkelplatz brach aus, als die Rednerinnen der Kundgebung, Frau Rie Kogenhop und Frau Marga Reimann, die Rednertribüne betraten.

Die große Kundgebung klang aus mit der Nationalhymne der Deutschen Demokratischen Republik, als Bekenntnis zu dem unwiderstehlich wachsenden, geeinten, friedlichen, demokratischen und unabhängigen Deutschland.

83 Millionen DM Besatzungskosten in Stuttgart

Stuttgart. (E. B.) Bei den Beratungen des Stuttgarter Haushalts wurde mitgeteilt, daß auf die Stadt Stuttgart im letzten Jahr 83 601 490 DM Besatzungskosten entfallen sind. Vom 8. Mai 1945 bis zum 20. Juni 1948 mußten 214 Millionen RM und vom 21. Juni 1948 bis Ende 1949 insgesamt 113,25 Millionen DM Besatzungskosten geleistet werden. Die Gesamtsteuereinnahmen der Stadt Stuttgart betragen jährlich 40 Millionen DM.

Durchlöcherung der Verhältniswahl beabsichtigt

Kurs auf Mehrheitswahlrecht soll Minderheiten ausschalten

Stuttgart. (EB.). In der gestrigen Landtagssitzung legte die Regierung ein verfassungsänderndes Gesetz über die Einteilung der Wahlkreise vor. Es soll durch eine Vermehrung der Wahlkreise in jedem Kreis nur ein Einzelbewerber gewählt werden. Ein neues Wahlgesetz soll nach einer eventuellen Annahme dieser Verfassungsänderung vorgelegt werden.

Abg. Leibbrand (KPD) nannte es eine grobe Irreführung der Oeffentlichkeit, wenn die Debatte um die Gestaltung der Wahl unter den Schlagworten „Persönlichkeits- oder Listenwahl" geführt werde. Offener und ehrlicher sei es, wenn man zugebe, daß es sich um die Verhältnis- oder Mehrheitswahl handele. Auch der Entwurf der Regierung laufe auf die Durchlöcherung des Verhältniswahlrechts hinaus. Die Kreise, die diese Durchlöcherung wünschen, wollen ein Mehrheitswahlrecht, das in seiner Konsequenz dazu führt, daß Minderheiten von der Gestaltung des staatsbürgerlichen Lebens ausgeschlossen werden.

Leibbrand ironisierte treffend die Vorstellung, daß bei kleineren Wahlkreisen der Abg. in einen engeren Kontakt zu seinen Wählern kommen würde. Eine Aufsplitterung Stuttgarts in sieben oder mehr Wahlkreise würde zwangsläufig dazu führen, daß der Abg. gezwungen wird, sich mehr als Vertreter lokaler Interessen zu fühlen, als nach den Worten und dem Sinn der Verfassung als Vertreter des gesamten Volkes.

Wenn Abgeordnete keinen Kontakt mit ihren Wählern haben, so liege das Uebel anderswo und könne nicht durch ein patentiertes Wahlverfahren gelöst werden. Das Vertrauen zum Parlament erwachse aus der politischen Arbeit, die in diesem Hause geleistet werde.

Die Kommunistische Partei wende sich gegen jede Durchlöcherung des Verhältniswahlrechtes, die den Boden für das Mehrheitswahlrecht vorbereiten soll. Wenn der Vertreter der SPD hier betont habe, daß auch sie in keiner Weise die Beseitigung des Verhältniswahlrechtes wünsche, dann dürfe sie auch nicht zulassen, daß dieses Recht schrittweise durchlöchert werde. Es hieße hier bereits den Anfängen zu steuern.

Der Regierungsantrag wurde an den Ausschuß überwiesen.

Der Maßstab ist Menschlichkeit

Niedersächsischer Landtag gegen Demontage der Reichswerke und den Immunitätsbruch an Abg. Lehmann

Hannover. (EB). In der Sitzung des Niedersächsischen Landtags wurde von den Fraktionen folgende Entschließung über die Zerstörung in den Reichswerken angenommen:

„Die immer noch fortgesetzte, jetzt in eine neue umfassende Phase einmündende Demontage im Hüttenwerk Watenstedt, erfordert gebieterisch von allen verantwortlichen Stellen politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art entschiedenen Protest gegen die unverständlichen Maßnahmen."

Der niedersächsische Landtag richtet daher an die Regierungen der Besatzungsmächte, an die Parlamente, Gewerkschaften und Wirtschaftsorganisationen aller Länder den dringenden Appell, die Zerstörung an den Werken und Fundamenten des Hüttenwerkes zu verhindern, die zugleich das Fundament der Existenz von mehr als hunderttausend Menschen bilden. Hier darf nur ein Maßstab gelten — Menschlichkeit.

Wie seitens der Fraktion der KPD verlautet, hatten die kommunistischen Landtagsabgeordneten konkretere Maßnahmen verlangt. Da die Fraktion aus Protest gegen die Verschleppung des Abgeordneten Lehmann vor diesem Verhandlungspunkt den Saal verlassen hatte, konnten sie nicht mehr zu dieser Entschließung im Plenum Stellung nehmen. Der Sprecher der KPD-Fraktion gibt der Meinung Ausdruck, daß die Entschließung nur ihren Zweck erfüllt, wenn die angesprochenen Organisationen und Körperschaften ernsthaft zur Lage in Watenstedt-Salzgitter Stellung nehmen und konkretere Maßnahmen einleiten.

Niedersächsischer Landtag protestiert gegen die Verletzung seiner Rechte

Der niedersächsische Landtag beschloß, daß der Aeltestenrat sofort zusammentreten soll, um gegen die Verletzung der Immunität des Abgeordneten Lehmann und der Verletzung der Würde des Hauses Stellung zu nehmen. Der Landtag unterbrach seine Sitzung auf eine halbe Stunde. Nach seinem Zusammentritt verkündete der Präsident des Landtags, Olfers, den Beschluß des Aeltestenrates. Der Aeltestenrat legt Verwahrung gegen die Verhaftung des Abgeordneten Lehmann sowie gegen die Art polizeilichen Vorgehens in den Räumen des Parlamentes ein. Dieser Protest ist an die britische Militärregierung gerichtet Der Aeltestenrat beschloß weiter, eine sofortige Intervention beim englischen Unterhaus durchzuführen.

Nachdem die Mehrheit des Hauses sich gegen den Antrag der KPD gewandt hatte, aus Protest gegen die Verletzung der Würde des Hauses die Sitzung abzubrechen, verließ die die Fraktion der KPD geschlossen den Sitzungssaal, um ihren Protest gegen den Bruch parlamentarischer Freiheiten nachdrücklich zu unterstreichen.

Bergarbeiter streiken gegen Tarifbruch

Unternehmer versuchen Lohnerhöhung zunichte zu machen

Recklinghausen. (E. B.) Gegen den Versuch der Zechenleitung, selbst die unzureichende Lohnerhöhung von 9 Prozent, die kürzlich von den Ruhr-Bergarbeitern erkämpf wurde, durch Verlängerung der Arbeitszeit zunichte zu machen, sind die Kumpels der Schachtanlage „Stein V" in den Streik getreten.

Die Sympathieerklärungen, die ihnen aus zahlreichen anderen Zechen zugingen, sind ein Beweis dafür, daß sich die Kumpels auf breiter Front gegen die überall unternommenen Versuche widersetzen, durch Arbeitszeitverlängerung, Erhöhung des Fördersolls und andere Machenschaften die vorgesehene 9prozentige Lohnerhöhung zu umgehen.

Niedergang der Kultur

Früher zog es die Jugend in den „Wilhelm Tell" und die „Maria Stuart", ganze Schulklassen wanderten andächtig zu jenen Dramen. Nachdem Holywood und Rank zum täglichen Leben gehören, ist jene Zeit nicht mehr zurückzubringen, weder mit Klagen noch mit romantischen Experimenten. Aber was soll dann aus dem Theater werden? Aeltere Frankfurter Leute halten ihm noch immer die Treue, aber bei denen ist das Geld knapp geworden. Und die neuen Verdiener? Sie sehnen sich nach einem Wagen mit einem breiten blitzenden Kühler und vier Türen.

„Frankfurter Allgemeine Zeitung"

Wegen der Bachkantate

Stuttgart. (dpa). Der Vorsitzende des Rundfunkrates des süddeutschen Rundfunks, Landtagsabgeordneter Dr. Gaa, (CDU), sagte am Mittwoch abend über den Sender Stuttgart, die schleichende Vertrauenskrise der Bevölkerung gegen den süddeutschen Rundfunk sei durch die Angelegenheit der Bach-Kantaten akut geworden. Intendant Dr. Eberhard (SPD) habe die mit Mehrheit ausgesprochene Empfehlung des Rundfunkrates, die Bach-Kantaten aus Leipzig zu übernehmen, nicht beachtet. Am 13. März werde aber der Rundfunkrat diese Frage eindeutig klären.

150 DM Tagegeld für Rapp

Hinzu kamen ungeheuerliche Reisekosten und Uebernachtungsgelder

Stuttgart. (E. B.) In dem vorgestern herausgegebenen Bericht des württ.-bad. Rechnungshofes über Staatshaushaltrechnungen für 1946 und 1947 wird u. a. zu der Haushaltsführung des Befreiungsministeriums bemerkt, daß die Mehrausgaben dieses Ministeriums für die Einbeziehung der „Organisation Rapp" sich im Rechnungsjahr 1946 auf 141 000 Mark und im Jahre 1947 auf 144 000 Mark beliefen. Diese Beträge enthielten hauptsächlich Tagegelder, die sich für die Person Rapps auf 125 Mark täglich beliefen, der dadurch — ungerechnet Reisekosten und Uebernachtungsgelder — im Jahre 1947 das Ministerium auf 34 750 Mark zu stehen kam.

Teurer Genosse Molotow!

Zu Ihrem 60. Geburtstag, am 9. März 1950, sendet Ihnen der Parteivorstand der Kommunistischen Partei Deutschlands herzlichste Kampfesgrüße und Glückwünsche.

Sie gehören zu den hervorragenden Führern der KPdSU (B) und der Weltbefreiungsbewegung, die von Lenin selbst herangebildet worden sind. Einer der engsten und treuesten Mitarbeiter des großen Stalins, sind Sie zugleich einer der Baumeister des Sozialismus und des Kommunismus, einer der Führer der ruhmreichen Partei Lenins und Stalins, unter deren Leitung die Völker der Sowjetunion den Sozialismus aufgebaut und ihre große befreiende Mission im Kampfe gegen die faschistische Barbarei vollbracht haben, unter deren Führung Sie auf dem Wege zum Kommunismus vorwärts schreiten.

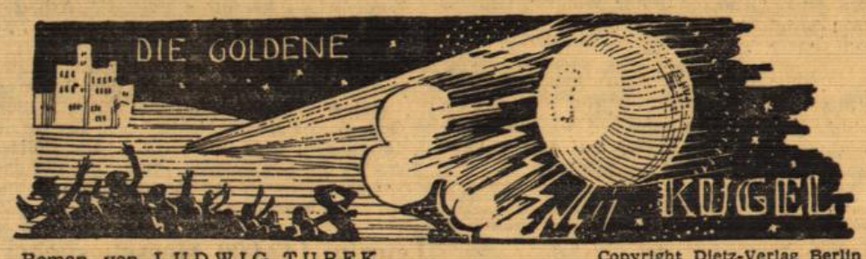
Als treuer Kampfgenosse des großen Lehrers und Führers der Weltarbeiterklasse, des Genossen Stalin, haben Sie nicht nur an den weltumwälzenden Erfolgen des großen Sowjetlandes hervorragenden Anteil, sondern auch an der Verwirklichung der Stalinschen Friedenspolitik, der Sammlung des mächtigen Lagers der Friedensanhänger in der ganzen Welt gegen die imperialistischen Kriegstreiber. Als Meister der Sowjetdiplomatie haben Sie auch auf vielen internationalen Konferenzen die Kriegstreiber schonungslos entlarvt und vor den Völkern im Namen der großen Sowjetunion das Banner des konsequenten Kampfes um einen dauerhaften Frieden aufgepflanzt.

Als Freund des deutschen Volkes haben Sie sich als Außenminister der Sowjetunion auf den Konferenzen in Moskau, London und Paris konsequent und unbeirrbar für die nationale Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands, für die nationale Selbstbestimmung des deutschen Volkes, für die Errichtung eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands eingesetzt. Der Stalinschen Friedenspolitik dankt das deutsche Volk die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, die „einen Wendepunkt in der Geschichte Europas darstellt".

An Ihrem 60. Geburtstag, teurer Genosse Molotow, ist es unser heißer Wunsch, daß Sie Ihre hervorragenden Fähigkeiten, Ihre unversiegbare Tatkraft noch lange Jahre in den Dienst der großen, völkerbefreienden Sache Lenins und Stalins, der Sache des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus stellen mögen.

Wir grüßen in Ihnen einen der großen Führer der Sowjetvölker, einen der hervorragendsten Führer der internationalen Arbeiterbewegung und des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, den treuen Kampfesgefährten des großen STALIN.

Parteivorstand der KPD
Max Reimann



Roman von LUDWIG TUREK

Copyright Dietz-Verlag Berlin

24. Fortsetzung

Das Phantastische des Geschehens verwirrte die Gäste in der Goldenen Kugel. Sie glaubten, diese sei selbst auf Reisen gegangen. Aber es zeigte sich, daß die im Freskensaal erschienenen Bilder nicht für alle Mittelsmänner die gleichen waren. Ihr Panorama wechselte mit den Wünschen des einzelnen. Bill dachte an Moskau und sah die mächtige Kugel über den Türmen des Kreml schweben. Sin dachte an Paris und dann an London, und die Goldene Kugel wechselte von der Seine zur Themse hinüber. Bill sah voll Wehmut auf den Fotoapparat an seiner Seite. Was soll da noch ein stummes Foto, wenn sich solche lebendigen, tönenden Bilder beliebig aus der weiten Welt in die Gedanken zaubern lassen? Das also war das Geheimnis: Die Phantasie des Menschen war lenkbar geworden und konnte mit bestimmten Bildern ausgestattet werden, denen Ton- und Farbkraft innewohnte.

Aber noch eine andere phänomenale Entdeckung machte Bill. Wie kam es denn, daß er die begeisterten Rufe der Sowjetbürger auf dem Roten Platz in Moskau verstehen konnte? Diese Menschen sprachen doch russisch. Er hörte ihr brausendes „Prinajet primiritel!" und wußte, daß sie „Gruß dem Friedensstifter" riefen, obgleich keinerlei Uebersetzung gegeben wurde und er der russischen Sprache nicht mächtig war. Irgendwie hatte die genale Technik der Goldenen Kugel die Uebersetzung in sein Gehirn geschmuggelt. Bill wandte sich bestürzt mit seiner Wahrnehmung an Sin und mußte erfahren, wieviel besser das kluge Mädchen diesen Vorgang zu erklären vermochte:

„Dem gesprochenen Wort muß ein Gedanke vorausgehen, sonst könnte es nicht über die Lippen kommen, und so glaube ich, daß der vermittelnde Gedanke gleichzeitig schon die Uebersetzung der Worte in sich trägt. Wenn ein Deutscher sagt: ‚Ich liebe dich', ein Russe: ‚Ja tebja ljublju' und ein Amerikaner: ‚I love you', so sind zwar die Worte verschieden, aber der Gedanke ist derselbe. Uns aber werden hier die Gedanken gleichzeitig mit den Worten übermittelt."

Das war einleuchtend. Diese phantastische Erfindung bewältigte alle Sprachschwierigkeiten.

Bill konnte sich nicht enthalten, Upton Britten von seiner Entdeckung Mitteilung zu machen. Dem Dichter war soeben selbst ein Licht aufgegangen, und er wandte sich fragend an Umiuri. Der legte ein feines Lächeln in das braune Gesicht:

„Ja, wir haben ihren Sprachenurwald durchgeforstet."

Britten nahm die schmale Hand des Kollegen. „Und wie ist es möglich, das Bild der Goldenen Kugel schwebend über Shanghei zu zeigen und in derselben Sekunde wieder hierher zurückzubringen?"

Umiuris Lächeln wurde um eine Nuance liebenswürdiger, und seine Finger gingen in einiger Verlegenheit durch den roten Feuerbart.

„Eine genaue Erklärung dafür kann ich Ihnen leider nicht geben, ich bin kein Spezialist dieser Technik, und sie ist für den Nichtfachmann sehr schwer zu begreifen, doch ich weiß, daß man dabeimit denselben Prinzipien wie bei einer Fata Morgana arbeitet, die von der Natur durch Luftspiegelung hervorgerufen wird.

Aber machen Sie sich keine Sorgen, wir sind bereit, Ihnen alle unsere technischen Ueberlegenheiten zu Füßen zu legen. Erst müssen wir natürlich die Gewißheit haben, daß Ihr schrecklicher Götze Geld gestürzt ist, denn er würde mit unsern Patenten sonst nur neues Unheil stiften. Stellen Sie sich bitte vor wir legen morgen unsere Erfindungen in die Hände Ihrer Kapitalgewaltigen. Kann denn jemand glauben, daß diese Geschäftsleute anders als geschäftlich damit umspringen? Würden sie nicht die Sowjetvölker und die in Europa und Asien mit den Sowjets verbündeten Volksdemokratien, also insgesamt über siebenhundert Millionen Menschen, von der Nutznießung unserer Technik ausschließen? Es ist leider allzuwahrscheinlich, daß sie überhaupt einen Großteil unserer Patente als gegen ihre Macht gerichtet unter den Tisch verschwinden lassen würden. Und was geschieht, wenn wir den Monopolkapitalisten verraten, wie man Ameisen zu nutzbringender Arbeit anstellt?"

Britten hatte die Antwort bereit: „Dann werden Menschen dadurch arbeitslos und dem Elend ausgeliefert."

Umiuri sagte ernst: „So ist es!"

Britten fuhr fort: „Wir wissen, daß die Verfallsepoche des Kapitalismus, in der wir leben, uns keinen grundlegenden Fortschritt mehr bringen kann. Wie könnte die Börse existieren, wenn Ihre Psychokontrolle dazwischenfunkt? Könnten dann noch die Standard Oil und die Shell Company ihre geheimen Oelintrigen über den Globus spinnen? Nein. Es hätte also gar keinen Zweck, Ihre neue Technik unserer alten Welt zur Verfügung zu stellen. Machen wir erst reinen Tisch mit den Bedrängern, und dann werden wir sehen."

Noch volle zwei Stunden dauerte die Sendung über den illusionären Marsch der Goldenen Kugel um die Erde. Ungeheuere Erregung löste das Ereignis bei den farbigen Völkern aus. Die Massen der großen Städte in Indien standen gegen ihre Unterdrücker auf. Der künstlich geschürte Gegensatz zwischen Hindus und Mohammedanern verflog wie Nebel vor der Morgensonne. Alter blutiger Streit schien plötzlich nichtig geworden. Bis auf den Tod verzankte Menschen nahmen das Ereignis als willkommene Gelegenheit zur Verbrüderung. Die Mission der Goldenen Kugel, Friede auf Erden zu stiften, reichte hinunter bis zum persönlichen Streit. Es wurde offensichtlich, daß die Menschheit gewillt war, nun endlich mit ihren Verderbern klarzukommen.

Ein klägliches, verworrenes Bild bot das Nachrichtenwesen der Ueberseeländer. Ausgenommen einige Linksblätter, erschöpfte sich die gesamte Tätigkeit der Presse in schlechten Reportagen ohne jeden Kommentar.

Nur die Sowjetunion machte darin eine rühmliche Ausnahme. Alle Bildtelegramme von dort befaßten sich in ausführlichen Besprechungen mit der durch die Goldene Kugel geschaffenen neuen politischen Situation. Von hier aus wurde das weltumwälzende Ereignis in ehrlicher Anerkennung seiner Verdienste um die Erhaltung des Friedens gewürdigt und mit ungeheurem Enthusiasmus begrüßt. Selbst die sowjetischen Dichter waren schon zu Wort gekommen und hatten unter dem überwältigenden Eindruck der visionären Wanderung der Goldenen Kugel durch das Land der Arbeiter und Bauern erste schallende Poeme unter die jubelnden Volksmassen gestreut.

Auch ein deutscher Dichter wandte sich mit seinen Sorgen an die Goldene Kugel:

„Fällt von Stern zu Stern die Träne:
Brüder, helft aus tiefster Not!
Haben einen Mund voll Zähne
Und so lange schon kein Brot."

General Appels richtete eine Proklamation an alle USA-Armee- und -Flottenverbände, worin er kurzerhand den Demobilmachungsbefehl erteilte und die außerhalb der Staaten stehenden Formationen aufforderte, unverzüglich in die Heimat zurückzukehren.

Abschließend sagte der General:

„Kameraden! Das grausame und kostspielige Soldatenspiel ist vorbei. Wer den Frieden will, braust keine Waffen. Wir wissen jetzt, von wem wir bedroht werden, der Feind unseres Vaterlandes steckte im eigenen Lande. Doch die Schlacht ist gewonnen, ein für allemal; denn wir haben das Kriegsübel an der Wurzel gepackt. Kommt nach Hause, Jungs! Ich freue mich, daß Ihr alle Eure heilen Knochen behalten habt. Legt die Knarre weg und nehmt ein jeder für sich, sein Werkzeug zur Hand. Habt keine Angst, es wird uns allen gut gehen, wenn wir unser Geld und unsere Arbeitskraft nicht mehr für Kanonen und Bomben und den andefen Dreck wegschmeißen."

Nachdem der General geendet hatte, wurde den Mittelsmännern von Umiruri eröffnet, ihnen Silberne Kugeln von sechs Metern im Durchmesser als Taxis der Luft zur Verfügung stünden, falls sie zu reisen wünschten.

Bill stellte die Frage nach der Bedienung und Lenkung dieser Fahrzeuge, und Umiuri zeigte sein liebenswürdigstens Lächeln:

„Es ist nicht so wie mit ihren schrecklichen Autos und Flugzeugen, wo Sie es der Gnade des gut oder schlecht funktionierenden menschlichen Gehirns überlassen müssen, ob sich jemand das Genick bricht oder nicht.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

25000 Amis

In Worten: Fünfundzwanzigtausend Amis erwartet Mannheim am 7. Mai. Die Schwarzhändler und Raucher seien gleich darüber aufgeklärt, daß es sich um keine Zigaretten handelt, sondern um richtiggehende Amis, oder besser gesagt, richtigfahrende — stimmt aber auch nicht immer — Amis handelt, die an diesem Tage in Mannheim erwartet werden, damit sie ihrem Landsmann Walcott bei seinem Boxkampf gegen den deutschen Schwergewichtsmeister ten Hoff den Daumen halten sollen. Und außerdem natürlich auch die Dollar beisteuern, die der Spaß kosten wird. Walcott kann nur Dollar gebrauchen. Die „unerschütterliche" Erhard-Währung ist ihm noch nicht hart genug. 7500 Dollar Garantie und 3500 Dollar Reisespesen und 2500 Dollar Trainingskosten und so weiter — das ist in dem reichen Mannheim und Umgebung gewiß mit Leichtigkeit aufzubringen.

Auf dem Papier ist das ja so einfach. „Das Mannheimer Stadion bietet die Möglichkeit 75 000 Zuschauer aufzunehmen", schreibt da kaltlächelnd eine Mannheimer Zeitung. Wenn die Zuschauer alle halbe Portionen wären, dann vielleicht. Sonst faßt das Mannheimer Stadion nämlich nur 35 000 gestrichen voll. Zudem dürfte die Entfernung von den Kurvenplätzen bis zum Boxring in der Stadionmitte gut 100 Meter betragen. Also ein Fernseh-Boxkampf! Oder will man das Innere von 75 000 Menschen zertrampeln lassen? Das Stuttgarter Stadion hat dankend abgelehnt. Das Mannheimer Eisstadion wäre der gegebene Platz für den Kampf, aber da gingen höchstens 10 000 Amis hinein, und die wären dann ja schön unter sich: mit Joe Walcott und Hein ten Hoff. Und den Börsen natürlich, was ja beim Berufsboxkampf die Hauptsache ist.

Also, wohin mit den 75 000, die da kommen sollen, damit die Geschichte sich rentiert? Wenn nun dese Milchmädchenrechnung nicht aufgeht? Wer soll das bezahlen? Wer es bestellt hat? Die Manager hinter den Kulissen werden rasch ihre Finger davon lassen, wenn sie merken, daß das Geschäft sich nicht lohnt. Die Eintrittspreise pendeln zwischen 60 und 3 DM. Wer hat soviel Geld? Die Stadt Mannheim, denn sie hat ten Hoff bereits einen Vorschuß von 15 Prozent seiner „Börse" vorausbezahlt. Das ist des Landes so der Brauch, sagt man. Verfällt diese Anzahlung als „Reugeld", wenn aus der Sache doch nichts wird? Wir sind noch nicht so recht überzeugt. Eßlingens Stadtväter hatten sich auch zu früh bei dem historischen Unterzeichnungsakt photographieren lassen.

Der Reklamerummel hat auch schon eingesetzt. Als „Vorkampf" hat ein Tauziehen zwischen der deutschen Boxsportbehörde und Hein ten Hoff wegen der Verteidigung seines Meistertitels bereits begonnen. Um die Ehre als Walcotts Trainingsquartier streiten sich Mannheim, Heidelberg, Schwetzingen und einige andere Orte. Wir erfahren, daß ten Hoff ab sofort kein Flugzeug mehr benutzen und ab 15. April nicht mehr Auto fahren darf. Wahrscheinlich darf er ab 1. Mai keine anstößigen Magazine mehr lesen und am 6. Mai wird er bis zum Gongschlag unter eine Glasglocke gestellt. Mannheim, die „aufgeschlossene Sportstadt" sieht gefaßt ihrem größten Tag des 2. Halbjahrhunderts entgegen — und den 25 000 Amis.

Jugendurlaubsschutz gefährdet

Stuttgart. (Eig. Ber.) Der Ortsausschuß Stuttgart des Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm zu den Bestrebungen der CDU und DVP Stellung, den Erlaß eines Urlaubsgesetzes für 1950 zu verzögern. Er erinnert besonders daran, daß dadurch auch der durch Gesetz des Landtages von Württemberg-Baden garantierte Mindesturlaub für Jugendliche, der auf 24 Tage festgesetzt wurde, gefährdet ist. Der Ortsausschuß des Gewerkschaftsbundes erwartet, daß bis zum 31. März 1950, der Geltungsdauer des jetzigen Gesetzes, vom Landtag eine Entscheidung getroffen und damit auch der Mindesturlaub für Jugendliche im Jahr 1950 garantiert wird. (St. V.)

Zu den Überfällen durch Besatzungsangehörige

Mannheim. Zu den in der Nacht vom 21./22. Februar von amerikanischen Besatzungsangehörigen verübten Ueberfällen auf Deutsche teilt die Städt. Pressestelle ergänzend mit, daß anläßlich einer Besprechung zwischen dem Oberbürgermeister Dr. Heimerich und Beamten der amerikanischen Hohen Kommission in Heidelberg die Zusicherung gegeben wurde, daß die verantwortlichen Besatzungsangehörigen vor ein Gericht gestellt werden. Weiterhin sei die Presse berechtigt, allen durch solche Zwischenfälle heraufbeschworenen Gerichtsverfahren beizuwohnen. Um weitere Vorkommnisse dieser Art zu verhindern, seien alle öffentlichen Parks „of limits" für die Besatzungsangehörigen, und die Militär-Polizei sei angewiesen, in kurzen Zwischenräumen die Parkgebiete zu durchstreifen. Auch die OEG-Eisenbahn-Stationen sollen durch Streifen überwacht werden. Unter der Telefon-Nummer 402 25 sei bei Zwischenfällen die Militär-Polizei ständig zu erreichen.

Es ist zwar sehr schön, daß sich die Militär-Regierung bemüht, diese Zustände abzustellen, aber eine hundertprozentige Verhinderung dieser Vorkommnisse könnte lediglich der Abzug der Besatzungstruppen überhaupt garantieren.

Kind verbrüht

Mannheim. Ein in das Städt. Krankenhaus eingeliefertes Kind aus Lampertheim starb infolge einer schweren Verbrühung. Es war in der Wohnung der Eltern in eine Schüssel kochenden Wassers gefallen.

Schwerer Verkehrsunfall in der Augusta-Anlage

Vermutlich infolge eines technischen Fehlers wich auf der Augusta-Anlage ein Bulldogg mit zwei Anhängern von seiner Fahrbahn ab, stürzte um, so daß seine Räder nach oben standen und kam dabei auf den Fahrer bezw. Beifahrer zu liegen. Während ersterer sich sofort aus seiner Lage befreien konnte und glücklicherweise auch nur leicht verletzt wurde, mußte der Beifahrer unter Zuhilfenahme von Winden unter der Zugmaschine hervorgeholt werden. Er wurde mit Kopferletzungen und einer Gehirnerschütterung in das Krankenhaus verbracht.

Noch einmal Freibankverkaufsstelle Neckarstadt

Schlachthof-Direktion und „hygienische Maßnahmen"

Mannheim. Zu unserem Artikel „Die Nekkarstädtler lassen nicht nach" vom 24. Februar 1950, sandte uns die Städtische Pressestelle in Mannheim ein Schreiben, in dem die Direktion des Städtischen Schlacht- und Viehhofes die Feststellung anzweifelt, daß die Schutzmaßnahmen der Schlachthofverwaltung für die Sicherheit der Gesundheit der Bevölkerung in Bezug auf den Freibankfleischverkauf mehr als fragwürdig sind, mit der Bitte um „Rechtfertigung und einen entsprechenden Nachweis" für die angebliche Behauptung.

Wir haben uns dieser Bitte nicht verschlossen und geben in Beantwortung der Zuschrift der Pressestelle vom 1. März 1950 folgendes zur Kenntnis:

„Der aus einer Veröffentlichung des „Badischen Volksecho" vom 25. Februar 1950 zitierte Satz, „daß die Schutzmaßnahmen der Schlachthofverwaltung für die Sicherheit der Bevölkerung in bezug auf den Freibankfleischverkauf mehr als fragwürdig sind" usw., entstammt einem Schreiben, das von Freibankkunden der liquidierten Verkaufsstelle Neckarstadt an alle politischen Parteien und verschiedene andere Mannheimer Organisationen gerichtet war. Dieses Schreiben sollte bezwecken, die angeschriebenen Parteien und Vereinigungen zu veranlassen, Schritte zu unternehmen, um den Beschluß des Wirtschaftsausschusses der Stadt Mannheim, die Aufhebung der privaten Freibankfleisch-Verkaufsstellen betreffend, außer Kraft zu setzen.

Wir haben keine Veranlassung, von dem Inhalt unseres veröffentlichten Schreibens abzurücken, gestatten uns jedoch, unserer Verwunderung darüber zum Ausdruck zu bringen, daß die Schlachthofdirektion, bzw. die Städtische Pressestelle sich nur zu dem inkriminierenden Satz und nicht zu dem gesamten Inhalt des Schreibens äußerte.

Ferner erlauben Sie unsere Verwunderung darüber, daß die Schlachthofdirektion von uns den Beweis dafür haben will, daß die veröffentlichte Behauptung Mannheimer Bürger betr. der Fragwürdigkeit der hygienischen Schutzmaßnahmen beim Freibank-Fleisch-Verkauf zutreffend ist. Unserer Meinung nach muß doch der Tatbestand der gerügten Behauptung in den Büchern der Schlachthofverwaltung festgehalten sein! Wenn nicht, dann sind die Schutzmaßnahmen beim Verkauf bedingt verwertbaren Fleisches noch fragwürdiger als in dem angezogenen Schreiben zum Ausdruck kam.

Oder hielt man nicht für notwendig, im Schlachthof zu protokollieren, daß am 7. Dezember 1949 ein Stück Vieh in die Verkaufsstelle Neckarstadt geliefert wurde, das bereits übergangen und schmierig war? Das war zu der Zeit, wo diese Verkaufsstelle laut Beschluß des Wirtschaftsausschusses bereits offiziell geschlossen und nur wegen der außerordentlich großen Lagerbestände im Schlachthof „gnadenhalber" bis 1. Januar 1950 offen gehalten werden durfte.

In Gegenwart mehrerer Kunden verweigerte der Inhaber der Verkaufsstelle die Annahme dieses Stückes Vieh. Später verlangte man noch die Bezahlung des Kadavers und die Transportkosten dafür, was natürlich verweigert wurde. Und darüber besteht kein Aktenvorgang?

Was wäre geschehen, wenn das Fleisch ausgehauen und verkauft worden wäre? Die empörten Fleischbank-Kunden der Neckarstadt und wo sie überall her waren, gaben ihrer Entrüstung mehr als beredten Ausdruck! Sie vermuteten in der Anlieferung des verdorbenen Fleisches sogar eine Falle die dem Verkaufsstellenleiter gestellt werden sollte, um die Gefahren des außerstädtischen Freibankfleischverkaufs unter Beweis zu stellen. Wir haben dieser Behauptung keinen Augenblick Glauben geschenkt, denn dann wäre in dem geschilderten Vorgang kein Irrtum, sondern weit Schlimmeres zu erblicken, das mit der strengsten Bestrafung der Schuldigen geahndet werden müßte.

Wir glauben Ihnen mit dieser Aufklärung gedient zu haben und sind überzeugt, daß Sie alle vorgebrachten Behauptungen in einer eventuell von der Kommunistischen Partei einberufenen öffentlichen Versammlung mit dem Thema: „Freibank Neckarstadt" Wort für Wort bestätigt erhalten.

„Das ist meine Heimat"

Mannheim. Nach rund 10-jähriger Abwesenheit infolge Hitler-Krieg und Kriegsgefangenschaft kam Ende September 1949 über Ulm der Heimkehrer St. nach Mannheim zurück. Nach seiner Darstellung erhielt er in Ulm 90 DM Entlassungsgeld und die übliche „Naturalleistung", bestehend aus Anzug, Schuhen, Wäsche und dergleichen. Von der Stadt Mannheim erhielt er nach seiner Rückkehr über das Fürsorgeamt 150 DM in bar, einen Arbeitsanzug und ebenfalls Unterwäsche. Ein Geschäftsmann in der Friedrichsfelderstraße 43 trat dem Ausgebombten einen Keller ab, den bezog er. Der Zugang wurde durch einen Mauerdurchbruch erreicht, den man in halbgebückter Stellung passieren kann.

St. war zunächst bis Mitte Januar 1950 krank. Als er einigermaßen wiederhergestellt war, versuchte er durch das Arbeitsamt Mannheim einen Arbeitsplatz zu bekommen — er ist gelernter Autoschlosser. Das Arbeitsamt bedauerte. Für den Heimkehrer hat es bis heute noch keinen Arbeitsplatz gefunden. St. geht also stempeln und erhält den wöchentlichen Alü-Satz von 31.50 DM. Das muß reichen für ihn, seine gegenwärtig erkrankte Frau und zwei schulpflichtige Kinder. Der älteste, ein 17-jähriger Lehrling, hat einen akuten Herzschaden und feiert daher gleichfalls seit drei Monaten bei 66 Pfg. Krankenunterstützung täglich.

Die Familie war ursprünglich nach Bayern evakuiert. St. erzwang nach langem hin und her die Zuzugsgenehmigung für Frau und Kinder nach Mannheim. Das ist zwar verständlich, wenn man 10 Jahre getrennt war. Nun sitzen sie alle im Keller. Das Mobilar besteht aus zwei geliehenen Kinderbetten — die Matratzen stiftete die Stadt Mannheim — und ein paar kistenartigen Behältern für Geschirr usw. „Das ist meine Heimat", sagt der maßlos verbitterte Mann, mit einer Handbewegung auf Kellerwände und Mobilar deutend. Des Leibes Notdurft verrichten die Kinder im Eimer, der dann in Ruinen entleert wird — man nennt das Hygiene. Eine Aussicht aus dem Keller herauszukommen, besteht nicht, denn, gesetzt der Fall, das Wohnungsamt wäre in der Lage, dem Heimkehrer eine Wohnung zuzuweisen, so wäre er nicht imstande die Miete zu zahlen, denn der Wohnungsbau im goldenen Westen, selbst der soziale, zeitigt Mietpreise, die nur höhere Angestellte und Beamte bezahlen können.

Nichts zeigt besser die Verlogenheit des in Westdeutschland betriebenen Heimkehrerrummels, als der hier wahrheitsgemäß dargestellte Fall. Keinen Arbeitsplatz für einen Heimkehrer und Familienvater und als Wohnraum einen Keller, dessen Beheizung im Winter die Familie vor ein unlösbares Problem stellt. Das ist das Gesicht der Heimat, nach der sich der Kriegsgefangene jahrelang hinter Stacheldraht sehnte und härmte.

Jugend wird sich nicht täuschen lassen

Gegen Arbeitslosigkeit und Agrarkrise hilft kein neuer Arbeitsdienst

Schwäbisch-Gmünd. (lwb) Die Teilnehmer einer in Schwäbisch-Gmünd abgehaltenen Versammlung des Kreisbauernverbandes haben die Einführung eines Landjahres empfohlen, damit der Landarbeitermangel behoben werde. Ferner wurde gegen die umfangreichen Importe landwirtschaftlicher Erzeugnisse scharf Stellung genommen. Diese Importe bedrohten den Bauernstand in seiner Existenz.

In Heidenheim hat dieser Tage die Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit des Kreisjugendausschusses Heidenheim beschlossen einen freiwilligen Landarbeitsdienst im Kreis einzurichten. Das württembergisch-badische Landwirtschaftsministerium will diese Aktion unterstützen.

(VS.) Mit diesen jugendfeindlichen Absichten will man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Die zunehmende landwirtschaftliche Krise soll durch den Einsatz billiger, jugendlicher Arbeitskräfte gemildert werden. Auf der anderen Seite tut man so, als ob man der arbeitslosen Jugend helfen wollte. Und im Hintergrund lauert eine Organisation „Jugendhilfe Land", die von der ehemaligen Reichsjugendführung der HJ ferngesteuert wird. Man sieht, die Geschichte ist fein eingefädelt und auf die Kurzsichtigkeit der Jugend berechnet.

Auch VVN für Verlängerung des Mindesturlaubsgesetzes

Stuttgart. (Lwb). Die Landesstelle Stuttgart der VVN stellt in einem Schreiben an den Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses im württembergisch - badischen Landtag mit Bedauern fest, daß sich die Fraktion der CDU und der DVP gegen erneute Verlängerung des Mindesturlaubsgesetzes ausgesprochen haben. Vor allem wende sich die VVN gegen die Absicht, den Sonderurlaub für die Opfer des nationalsozialistischen Regimes abzuschaffen. In ganz Württemberg-Baden hätten höchstens 2500 Verfolgte Anspruch auf diesen erhöhten Urlaub. Hiervon befinde sich etwa ein Drittel im öffentlichen Dienst. Wenn man nun gegen den erhöhten Urlaubsanspruch eines ganz beschäftigten Personenkreises wirtschaftliche Gründe ins Feld führen wolle, dann könne man darin nur eine politische Aggression gegen die Gesamtheit der Verfolgten erblicken. Man dürfe nicht vergessen, daß nach ärztlichen Feststellungen mehr als fünfzig Prozent aller Verfolgten durch die Strapazen der Haft mit chronischen Krankheiten behaftet seien. Die Mehrzahl der für diesen Zusatzurlaub in Frage kommenden Frauen und Männer habe während des dritten Reiches bis zu zehn Jahren keinen Urlaub gehabt.

„Ausgeschlachtetes" Sofa mit 2.— DM Innenwert

Schorndorf. (dpa) Die Sattler der württembergischen Stadt Schorndorf schlachteten dieser Tage öffentlich ein Sofa aus um die Bevölkerung von der Wertlosigkeit dieser von einem westfälischen Händler für 65 DM angebotenen Ware zu überzeugen.

Der Händler war mit einem Lastwagen aufgefahren und hatte bereits zwei Sofas verkauft, als plötzlich die Schorndorfer Sattler geschlossen anrückten und ebenfalls ein solches Möbelstück erstanden. Der zunächst schmunzelnde Verkäufer machte ein langes Gesicht, als die Sattler begannen, das Sofa vor den Augen des Publikums kunstgerecht zu zerlegen.

Sie förderten vier ungehobelte Tannenbretter als Bodenstück und einen alten Rupfensack als Bodenbelag zutage. Gepolstert war das Sofa mit gebrochenem Abfallhanf, der in alle Winde zerstäubte, als sich einer der Sattler auf das Sofa setzte.

Das kauflustige Publikum verzog sich rasch, als die Sattler erklärten, daß die „Eingeweide" des Sofas einen Materialwert von kaum 2.— Mark haben.

Friedens - Kundgebung

zum Internationalen Frauentag

am Sonntag, 12. März, vormittags 10 Uhr, im „Capitol", Waldhofstr. Im Programm: Chöre, Ansprache, Rezitationen,

Film **„Der große Patriot"**

Geschl. Vorstellung

Komitee für den internationalen Frauentag

Arbeitslosenkurve klettert weiter in die Höhe

Auch der Februar brachte Württemberg-Baden neue Arbeitslose

Mannheim. -qu- In Württemberg-Baden ist die Zahl der Arbeitslosen im Monat Februar um 2555 auf insgesamt 89570 angestiegen. Die stärkste Zunahme unter den größeren Städten hat augenblicklich Heidelberg zu verzeichnen. Dort hat die Arbeitslosenziffer um 773 zugenommen. Mit 16558 Arbeitslosen hat der Arbeitsamtsbezirk Heidelberg zur Zeit die höchste Arbeitslosenziffer in Württemberg-Baden.

Die Württemberg-Badische Wirtschaft hat sich im Laufe des vergangenen Monats zusehends verschlechtert, wie das württembergisch-badische Wirtschaftsministerium vor einigen Tagen in seinem Lagebericht für den Monat Februar bekannt gab. In zahlreichen Industriezweigen ist die Zahl der eingegangenen Aufträge zurückgegangen.

Bei Produktionsgütern in der Baustoff- und Landmaschinenindustrie macht sich ein besonders starker Rückgang der Aufträge bemerkbar. Auch die Metall-, Schmuckwaren- und Elektrowarenindustrie klagt über unbefriedigende Aufträge. Ende Februar waren beispielsweise im Baugewerbe doppelt soviel Bauarbeiter arbeitslos, wie zur Zeit des schlechtesten Standes im Jahre 1949. Um rund 70 Prozent sind bei Verbrauchsgütern die Umsätze im Einzelhandel, bei Uhren, Schmuckwaren und Schuhen gegenüber dem Monat Dezember zurückgegangen, obwohl gerade bei Schuhen ein außerordentlich großer Bedarf besteht, der aber durch die mangelnde Kaufkraft nicht gedeckt werden kann.

In Mannheim sind zur Zeit 8699 Menschen ohne Arbeit. In der zweiten Februarhälfte ist hier die Arbeitslosigkeit etwas gefallen, was wohl auf die Wiederaufnahme der Bautätigkeit zurückzuführen ist.

In den strukturbestimmenden Betrieben konnten im Februar Entlassungen größeren Umfangs vermieden werden. Bei der in den Arbeitsamtsbezirk Mannheim fallende Zigarrenindustrie konnten sich lediglich kleinere Betriebe mit geringen Lagerbeständen auf Grund der Steuersenkung für Zigarren über Wasser halten. Größere Betriebe der Zigarrenindustrie, die mit größeren Vorräten versorgt sind, sind stark auf Kurzarbeit eingestellt.

Augenblicklich werden 407 Unterstützungsempfänger in Notstandsarbeit beschäftigt. Bis zum Abschluß dieser Arbeiten sind noch 30 900 Tagewerke zu leisten. Es sind für 6400 Tagewerke noch zwei weitere Projekte bereits bewilligt, aber noch nicht angelaufen. Von den 8699 Arbeitslosen in Mannheim beziehen bei den Männern 2426 Arbeitslosen- und 1062 Arbeitslosenfürsorge-Unterstützung. Bei den Frauen sind es 1454 in der Arbeitslosen-Unterstützung und 328 in der Arbeitslosenfürsorge-Unterstützung.

„Ich beantworte Ihre Fragen nicht!"

Ein Heimkehrer schreibt an das Einwohneramt

Nürnberg. (Eig. Ber.) Ein Heimkehrer, der in den letzten Tagen vom Polizeipräsidium einen großen Fragebogen für sogenannte Frühheimkehrer erhielt, übersandte uns die Abschrift seines Antwortschreibens an das Einwohneramt, in dem er erklärte, daß er nicht bereit sei, diesen Fragebogen auszufüllen.

Er sehe nicht ein, warum alle möglichen Stellen gleiche und ähnliche Fragebogen verschicken und verarbeiten und damit eine Menge Geld zum Fenster hinauswerfen. In aller Schärfe verwahrt sich der Heimkehrer aber vor allem dagegen, daß an ihn Fragen nach seinem Arbeitsplatz in der Sowjetunion und nach seiner Verwendung außerhalb des Lagers gestellt werden. Er schreibt: „Diese Fragestellung erinnert mich an gewisse Erfahrungen, die ich bei meiner Rückkehr in dem damaligen Durchgangslager Hammelburg gemacht habe, wo jeder Heimkehrer, bevor er entlassen wurde, von Beamten einer gewissen Dienststelle der Besatzungsmacht ebenfalls sehr genau darüber ausgefragt wurde, welche Arbeiten er in der Gefangenschaft ausgeführt hatte. Mir war damals schon klar, welchen Zweck diese Fragen hatten. Und auch Ihnen wird der wahre Zweck nicht verborgen sein." Er sei nicht bereit, sich für irgend etwas, das der Vorbereitung eines neuen Krieges dienen könne mißbrauchen zu lassen. Er habe noch vom letzten genug.

Weiter wird in dem Brief festgestellt, daß das Ganze Spiegelfechterei sei, weil auch die Behörden genau wüßten, daß die unveröffentlichte Millionenkartei von Gefallenen den ganzen Schwindel aufdecken könnte. Am Schluß schreibt er: „Der hetzerische Zweck der von ihnen mit durchgeführten Zählung erweist sich besonders dadurch, daß in dem umfangreichen Fragebogen auch nach der Anzahl der Todesfälle in den einzelnen Lagern, nach den Verurteilungen, der Anzahl der dem Heimkehrer bekannten Zivilgefangenen und nach der Anzahl der angeblich zurückgehaltenen Kriegsgefangenen gefragt wird. Aus der Beantwortung solcher Fragen müssen sich ganz zwangsläufig die tollsten Phantasiezahlen ergeben. Und das wird ja gerade beabsichtigt. Daß mit der Beantwortung dieser Frage niemandem gedient ist, der noch einen Angehörigen vermißt, liegt auf der Hand, es wird ja ausdrücklich nicht nach bestimmten Personen gefragt, die verstorben oder verurteilt wurden."

In wessen Diensten steht Herr Kogon?

Stuttgart. (V. St.) Der Vorsitzende der VVN in der US-Zone, Artur Ketterer Stuttgart, hat zu dem von der Presse mitgeteilten Austritt des Dr. Eugen Kogon aus der VVN folgende Erklärung abgegeben:

„Der Präsident der Europa-Union, Dr. Eugen Kogon, hat wegen Differenzen mit dem Landesvorstand der VVN Hessen seinen Austritt aus der VVN erklärt. In einer zusätzlichen Erklärung bezeichnet er die VVN als kommunistische Organisation. Nach vierjähriger Mitgliedschaft kommt der Verfasser des „SS-Staates" zu dieser späten und dazu unwahren Erkenntnis. Ich frage Herrn Dr. Kogon: Wurden Sie in Amerika nach Ihrer VVN-Zugehörigkeit befragt, und welche Antwort gab Sie darauf?

Eine politische Propagandalüge ist auch dann noch ein verwerfliches Mittel, wenn sie von einem Prominenten ausgesprochen wird. Wenn Dr. Kogon Zehntausende von politisch, rassisch und religiös Verfolgten als gedankenlose Mitläufer einer „kommunistischen" Organisation betrachtet, dann sehen wir in ihm den Handlanger und gutbezahlten Söldner einer fragwürdigen Europa-Institution."

„Kultur und Zivilisation" im „goldenen Westen"

...wie sie wirklich aussehen — Mannheimer Bordelle gefährden die Jugend — Haarsträubende soziale und sittliche Verhältnisse

Mannheim -bü- In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Jugendwohlfahrts-Ausschuß zunächst mit den Zuständen in der Gutemannstraße, die besonders konfessioneilen Stellen Anlaß zu Klagen gegeben hatten. Wie aus diesbezüglichen Protestbriefen hervorging, brächten die dort eingerichteten Bordellbetriebe eine starke sittliche Gefährdung der Jugend mit sich. Die teilweise in denselben Gebäuden wohnhaften Jugendlichen müßten zusehen, wie sich die „Dirnen mit ihren Mannskerlen abgeben", brachte eine Geistlicher zum Ausdruck. Die Gutemannstraße liege in einem stark bewohnten Stadtteil und es sei deshalb nicht mehr länger zu verantworten, diesem Treiben tatenlos zuzusehen.

Obwohl Stadtdirektor Schell sehr richtig zum Ausdruck brachte, daß die Frage der Prostitution eine Angelegenheit sei, die in ihren Ursachen gesellschaftliche Mißstände verberge, wurde von seiten der Versammlung an dem bisherigen Durchgreifen der Polizei heftige Kritik geübt.

Wie illusorisch die Unterbindung der Prostitution durch Polizeimaßnahmen jedoch angesehen werden muß, ergab sich aus der Stellungnahme von Polizeirat Riester. Es sei schon als ein Pluspunkt zu werten, wenn es der Polizei überhaupt gelinge, die Prostituierten zu kontrollieren und einer regelmäßigen ärztlichen Untersuchung zuzuführen. Die Kontrolle der in einem Stadtteil zusammengefaßten Bordelle sei jedoch erheblich leichter, als die der im ganzen Stadtgebiet herumstreuenden Mädchen.

Gegenwärtig werden in Mannheim von der Polizei nur 300 davon erfaßt. Was über dieser Zahl liegt, sind Prostituierte, die nicht kontrolliert werden und daher für die öffentliche Gesundheit einen erheblichen Gefahrenherd bilden.

Aus der Debatte ergab sich schließlich der Beschluß, an die maßgeblichen Stellen mit dem Ersuchen der Ausquartierung der in der Gutemannstraße logierenden Mädchen heranzutreten. Alle „Töchter der Freude" sollen künftighin in Baracken an der Peripherie der Stadt untergebracht werden.

Hier ist einzuflechten, daß man mit dieser Maßnahme zwar die Prostitution lokalisieren, aber keineswegs verhindern kann. Allein die Besatzungsmacht brachte Westdeutschland eine steigende Zahl der „Veronikas". Durch die Kriegswirren haltlos geworden, durch die Zeitumstände auf die Straße geworfen, ihrer letzten moralischen Widerstandsfähigkeit beraubt, ohne Existenzmöglichkeiten, arbeitslos, durch Hunger, Not und die Auswirkungen des nackten Selbsterhaltungstriebes wurden sie zu dem gemacht, was sie heute sind. Aendert man diese Verhältnisse, die Not, den Krieg, die Arbeitslosigkeit, das soziale Elend und die Ausbeutung, so verschwinden auch deren zwangsläufige Auswüchse.

Als nächster Punkt befaßte man sich mit den moralischen, gesundheitlichen und sozialen Verhältnissen der Jugend selbst. Unfaßbar ist hier ein sehr gelinder Ausdruck. Aus den Berichten der Fürsorgerinnen ergaben sich Bilder, bei denen einem buchstäblich die Haare zu Berge stehen konnten. Dreizehn- und zwölfjährige Mädchen, die regelmäßig mit Negersoldaten verkehren, sind keine Seltenheit. Bezeichnend ist die Tatsache, daß etwa 30 Prozent aller Mannheimer Kinder kein vollständiges Elternhaus mehr besitzen. Meist ist der Vater gefallen. In vielen Fällen hat sich die ganze Familie, angefangen von der Mutter bis zur jüngsten Tochter der Prostitution zugewandt, besonders mit Besatzungsangehörigen.

Dieser Entwicklung steht die Fürsorge mit völlig unzureichenden Mitteln gegenüber. Die einzige Abhilfe, die der Jugendwohlfahrts-Ausschuß auch hier empfehlen konnte, war die Forderung nach einer strengeren Ueberwachung und rigorosen Strafmaßnahmen durch die Polizei. Diese wirkungslose Maßnahme ist typisch für die ganze Hilflosigkeit, mit der nicht nur die zuständigen Amtsstellen sondern die ganze bürgerliche Gesellschaft den Anzeichen des Zusammenbruchs eines längst überfällig gewordenen Gesellschaftssystems gegenübersteht.

Es wirkt wie Hohn angesichts dieser katastrophalen Zustände, etwa im philisterhaften Moralpredigerton von der Sittenrohheit und der unglaublichen moralischen Versumpftheit unserer heutigen Zeit reden zu wollen, oder gar zu versuchen durch einige Polizeiverordnungen alles wieder ins richtige Geleise zu bringen. Da man nicht von der Erkenntnis aus geht, daß alle diese Erscheinungen nur zwangsläufige Konsequenzen einer falschen gesellschaftlichen Ordnung sind, haben alle diese Maßnahmen ein Resultat das gleich Null ist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

„Wir danken unserem Führer"

Der erweiterte Vorstand der Jungen Union Heidelberg erlaubt sich seltsame politische Witze. Bei seiner Sitzung am Samstag ersuchte er die Fraktion der CDU im Landtag, den Arbeitsamtsbezirk Heidelberg zum Notstandsgebiet zu erklären, weil er mit 16 000 Arbeitslosen an der Spitze aller Bezirke des Landes stehe. Gleichzeitig wurde aber an den „hochverehrten Herrn Bundeskanzler" ein Telegramm gerichtet, in dem ihm Dank „für die seither zum Wohle unseres Volkes geleistete Arbeit" gezollt wurde. Er wird darin gebeten, den von ihm beschrittenen Weg nicht zu verlassen und am Schluß „in Dankbarkeit und Ergebenheit mit dem Ausdruck der Verehrung" gegrüßt.

Die Junge Union sollte lieber die Finger von der Politik lassen, wenn sie Ursache und Wirkung so wenig zu erkennen weiß. Jedenfalls braucht sie sich nicht zu wundern, wenn ihr der Weg Adenauers bald 30 000 Arbeitslose in Heidelberg beschert. Oder will sie den christlichen Grundsatz verwirklichen, daß man dem der einen auf die rechte Wange schlägt, auch die linke darbieten soll?

H. Oppla

Das deutsche Friedenskomitee

ladet zu der am kommenden Sonntag, den 12. März 1950, um 19.30 Uhr, im Gasthaus „Zum Ochsen" stattfindenden

Friedenskundgebung

ein. Es spricht Frau Friedel Reger aus Karlsruhe.

Friedenausschuß Kleinsteinbach

Der „Sommertag" naht

Weinheim. Der Sommertagszug gelangt am 19. März zur Durchführung. Die Festrede wird von Oberbürgermeister Engelbrecht gehalten. Als Standplatz für das Podium und für die Verbrennung des Winters wurde der Platz vor dem Denkmal der Pfarrkirche (Marktplatz) in Vorschlag gebracht.

Des weiteren wird die Oeffentlichkeit gebeten, neben den Fahnen auch große Sommertagsstecken zum Fenster herauszustekken oder an Fahnenhaltern anzubringen, um das Symbol des Sommertags im Stadtbild stärker hervorzuheben.

Im Rahmen der Festrede wird den Schulkindern wieder ein Rätsel aufgegeben. Die richtigen Lösungen werden mit Preisen bedacht.

Spenden für den Zug werden im Rathaus, Amt für öffentliche Ordnung, auf der Bezirkssparkasse und der Volksbank Weinheim unter dem Vermerk „Sommerstagszug" entgegengenommen.

Für einen freien Samstag-Nachmittag

Wir sprachen mit Verkäuferinnen, Geschäftsinhabern und Gewerkschafts-Vertretern

Angestellte, Lehrlinge und Unternehmer des Einzelhandels debattieren seit Wochen über die Frage: „Freier Nachmittag". Um die Meinung der Betroffenen zu erfahren, haben wir unseren Reporter in einige Geschäfte geschickt.

Ueber ihren Standpunkt befragt, äußerte dabei Frau L, Sch., Verkäuferin in einem Textilwarengeschäft: „Ich bin der Meinung, daß der freie Samstag-Nachmittag für die verheiratete Frau am günstigsten ist, denn da kann sie ihre Wohnung sauber machen, was sie sonst am Sonntag machen müßte.. Es sei aber wohl schlecht durchzuführen, da doch gerade am Samstag-Nachmittag die Käufer aus dem Landkreis kämen und die Werktätigen, die in der Industrie arbeiten."

Herr B., Geschäftsinhaber, sagte unserem Reporter, daß er als Sportsmann wohl für einen freien Samstagnachmittag wäre, da dieser sicherlich gerade für die jungen Angestellten, die ihr Wochenende in den Bergen verbringen wollten, angenehm wäre.

Fräulein W. L., Lehrmädel in einem Kaufhaus, erklärte: „Bis jetzt habe ich weder von einem freien Mittwochnachmittag noch von einem freien Samstagnachmittag etwas gemerkt. Ich und meine andere Kollegin müssen am Mittwochnachmittag die Lager in Ordnung bringen. Wir würden uns sehr freuen, wenn am Samstagnachmittag geschlossen wäre, denn dann könnten wir auch einmal mit unserem Sportverein oder einer Jugendorganisation auf Wochenendwanderung gehen. Eine 48-Stunden-Woche gibt es selten bei uns, da wir oft noch am späten Abend arbeiten müssen."

Herr T. erklärte einen freien Samstagnachmittag als den größten „Blödsinn", da man doch schließlich nicht nur für die Stadtleute Geschäfte habe, sondern auch für die Bevölkerung im gesamten Landkreis. Er möchte einen freien Nachmittag innerhalb des Betriebes geregelt wissen.

Herr J., Verkäufer in einem Lebensmittelgeschäft erklärte: „Ich bin gewerkschaftlich organisiert und stelle mich auf den Standpunkt, daß auch bei uns für die Angestellten und Lehrlinge des Einzelhandels der freie Nachmittag auf den Samstag zu verlegen ist, wie es auch in anderen westdeutschen Ländern üblich ist. Wenn wir die ganze Woche über schwer gearbeitet haben, so ist es unser gutes Recht, daß wir auf zwei aufeinanderfolgenden Tagen unsere dringend benötigte Ruhe haben. Wenn von den Unternehmern angeführt wird, daß die alleinstehenden Frauen an diesem Tage nicht einkaufen können, so müssen wir eben fordern, daß diesen Frauen zusätzlich nach freier Vereinbarung jede Woche ein bis zwei Stunden freigegeben wird, damit sie ihre dringendsten Einkäufe erledigen können."

Ein von unserem Reporter befragter Gewerkschaftsfunktionär erklärte diesem: „Die Arbeiterschaft mußte sich ihren freien Samstagnachmittag in jahrzehntelangen mühseligen Kämpfen erringen. Es ist jetzt an der Zeit, daß auch die letzte Schicht, die noch nicht in den Genuß des freien Samstagnachmittag gekommen ist, nämlich die Verkäufer und Verkäuferinnen sowie die Lehrlinge des Einzelhandels, die die Woche über für ein paar Groschen hart arbeiten müssen, in diese Regelung miteinbezogen werden. Aus diesem Grunde müssen alle Angestellte des Einzelhandels mit den Gewerkschaften zusammen für einen freien Samstagnachmittag und dessen gesetzlicher Verankerung kämpfen."

Aus dem Parteileben

Veranstaltungen der KPD-Kreis Mannheim

Wohngebietgruppe Jungbusch. Freitag, 10. März, 19,30 Uhr im Lokal „Zur Gemütlichkeit" Rüger, Ecke Beil- und Böckstraße, Mitgliederversammlung.

Friedrichsfeld: Samstag, 11. März, 20 Uhr, im Lokal „Rose", Mitgliederversammlung.

Lützelsachsen: Samstag, 11. März, 20 Uhr, im Lokal „Trauben", Mitgliederversammlung.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Kreisvorstandssitzung. Am Freitag, den 10. März, 18 Uhr, im Parteibüro.

Innenstadt-West. Am Freitag, den 10. März, 20 Uhr, im Parteibüro Mitgliederversammlung. Referent: E. Kaiser.

Rußheim. Frauenversammlung anläßlich der 40sten Wiederkehr des **Internationalen Frauentages** am Sonntag, den 12. 3. 50, um 20 Uhr, im Rathaussaal. Referentin: Meta Paech, Karlsruhe.

UMSCHAU IM LANDE

Aufruf zur Erhaltung des Heidelberger Theaters

Heidelberg. (lwb) Die „Gesellschaft der Freunde des Heidelberger Theaters" gibt am Mittwoch in einem Aufruf bekannt, daß verschiedene Heidelberger Organisationen in den nächsten Tagen Einzeichnungslisten zur Abnahme von Einzelkarten, Abonnements und Geldspenden herausgeben werden. In dem Aufruf wird darauf hingewiesen, daß die Erhaltung des Heidelberger Theaters und Orchesters nicht nur im Interesse der Musik- und Theaterfreunde liege, sondern auch für die Fremdenstadt Heidelberg von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung sei. Der Aufruf ist von vierzehn kulturellen und wirschaftlichen Organisationen Heidelbergs unterzeichnet.

Unser Kommentar: Soweit sind wir im „kulturellen Westen" schon gekommen, daß für die Kultur gebettelt werden muß.

Intendant Meyer: Die Jugend steht abseits

Heidelberg (lwb) Der Intendant der städtischen Bühnen Heidelberg, Dr. Rud. Meyer, stellte am Mittwoch auf einem vom Kreisjugendausschuß Heidelberg veranstalteten Diskussionsabend, an dem das Verhältnis der Jugend zum Theater behandelt wurde, fest, daß die große Mehrheit der Jugend anspruchsvolleren kulturellen Ereignissen gegenüber abseits stehe. Der Intendant vertrat die Ansicht, daß das Theater auch durch größte Anstrengungen keine Abhilfe schaffen könne, wenn nicht Eltern und Lehrer vorbereitend wirkten, indem sie die Kinder für die kulturellen Güter ihres Volkes aufnahmefähig machten. Er regte an, daß an jeder Schule ein Lehrer oder eine Lehrerin eng mit dem Theater zusammenarbeiten, auch geeignete Stücke auswählen und die Schüler in das Leben und die Werke des betreffenden Dichters oder Komponisten einführen sollten. — Warum - so fragen wir den Intendanten - steht in der Deutschen Demokratischen Republik die Jugend nicht abseits?

Badisches Staatstheater

Karlsruhe. Am Samstag, 11. März 1950, 15 Uhr, wird als Werbevorstellung bei ganz kleinen Preisen (0.60 bis 2.— DM) die entzückende Operette „Olly-Polly" (Ich bin in meine Frau verliebt) von Walter Kollo unwiderruflich zum letzten Mal gegeben.

Wer in die Deutsche Demokratische Republik fahren will

Was Interzonen-Reisende wissen und beachten müssen

Die unglückselige Aufspaltung Deutschlands in zwei getrennte Wirtschafts- und Währungsgebiete macht es noch immer notwendig, daß Reisende, die in die Deutsche Demokratische Republik oder nach Berlin fahren wollen, eine Reihe Formalitäten und Vorschriften beachten müssen.

So werden durchgehende Fahrausweise von Westdeutschland nach Berlin und in die DDR nur gegen Vorlage gültiger Interzonenpässe Kurzinterzonenpässe oder sonstiger Grenzübertritts-Bescheinigungen ausgegeben.

Die Fahrkarten werden nur für einfache Fahrt für die ganze Strecke ausgegeben, und zwar bis zu dem im Interzonenpaß angegebenen Zielbahnhof oder darüber hinaus. Die Fahrausweise für die Hinfahrt und für die Rückfahrt sind je für sich in der Zone zu lösen, in der die Reise angetreten wird.

In der DDR werden ab 1. Februar 1950 Fahrpreisermäßigungen gewährt für erholungsbedürftige Kinder zur vorübergehenden Unterbringung auf dem Lande und in Heimen, für öffentliche Krankenpflege, für hilfsbedürftige Kranke, für Blinde, zu Berufsreisen, Arbeiterrückfahrkarten (einfache Fahrt), Arbeiterkarten für Binnenschiffer und deutsche Seeleute, Schülerfahrkarten nur für einfache Fahrt.

Als Reisegepäck können gegen Vorlage von Interzonenpässen usw. und der entsprechenden Fahrausweise Gegenstände angenommen werden, die für den Gebrauch des Reisenden bestimmt und zur Beförderung als Reisegepäck zugelassen sind. Zur Zeit kann Reisegepäck nur über die für den durchgehenden Verkehr freigegebenen Bahnhöfe Büchen Helmstedt, Gerstungen und Probstzell abgefertigt werden. Die Gepäckkontrolle findet an der Zonengrenze statt. In der DDR kann Handgepäck bis zu einem Höchstgewicht von 20 kg gebührenfrei mitgenommen werden. Für weiteres Handgepäck ist eine halbe Fahrkarte (Handgepäckgebühr) zu lösen. Wird mehr Gepäck mitgeführt, als der Reisende über und unter seinem Sitzplatz unterbringen kann, so ist eine Handgepäcksgebühr in Höhe einer ganzen Fahrkarte zu lösen.

Folgende wichtige Interzonenverbindungen bestehen zur Zeit:

FD 1/2 Frankfurt M. — Berlin: ab Frankfurt 19,50 Uhr, an Berlin-Friedrichstraße 7.28 Uhr; Berlin-Friedrichstraße 19.40 Uhr, an Frankfurt M. 7.47 Uhr.

FD 65/66 Hamburg — Berlin: ab Hamburg-Altona 17.36 Uhr, an Berlin-Friedrichstraße 21.56 Uhr; ab Berlin-Friedrichstraße 7.35 Uhr, an Hamburg-Altona 11.48 Uhr.

FD 109/110 Köln — Berlin: ab Köln 8.59 Uhr, an Berlin-Friedrichstraße 20.18 Uhr; ab Berlin-Friedrichstraße 10.17, an Köln 22.50 Uhr.

FD 111/112 Köln — Berlin: ab Köln 2.22 Uhr, an Berlin-Friedrichstraße 14,46 Uhr; ab Berlin -Friedrichstraße 14.09, an Köln 2.59 Uhr.

FD 149/150 München — Berlin: ab München 17.05 Uhr, an Berlin-Friedrichstraße 5.56 Uhr; ab Berlin-Friedrichstraße 18.41 Uhr, an München 19.32. (VS)

Badens Ringer in der Pfalz besiegt

Ersatzgeschwächte badische Ringer geschlagen

Die badische Ringer-Auswahlmannschaft trat am vergangenen Wochenende in Kaiserslautern gegen die Ländermannschaft der Pfalz, sehr ersatzgeschwächt an, da der RSC „Eiche" Sandhofen seine Ringer für die Gruppenkämpfe zur deutschen Mannschaftsmeisterschaft dringender benötigte. Die badische Mannschaft mußte gegen die Pfalz in diesem Repräsentativkampf eine knappe 5:3 - Niederlage hinnehmen. Die Badener holten sich dabei ihre drei Punkte durch Siege von Ries über Flammuth, Böhm über Zubrod und Brugger über Kreuz, während die anderen fünf Begegnungen alle zugunsten der Pfälzer endeten, welche dann durch Siege von Gniers über Seibel, Sturm über Steuer, Vondung über Manfred Spatz, Stein über Schwebler und Ferber über Wieland ihren verdienten 5:3-Enderfolg sicherstellen konnten.

Nordbadische Landesliga

In der nordbadischen Landesliga steht nun der neue Meister in dem AC Germania Ziegelhausen fest, nachdem Germania Rohrbach das Kunststück fertig brachte, den VfK 08 Oftersheim knapp mit 4:3 Punkten zu bezwingen. Damit bestreitet nun der AC Germania Ziegelhausen mit dem südbadischen Landesligameister die beiden Aufstiegskämpfe zur badischen Oberliga. In der gleichen Ligaklasse teilte sich der ASV Ladenburg beim ASV Eppelheim mit 4:4 in die Punkte.

In den beiden Kreisklassen Mannheim und Heidelberg kam es zu nachfolgenden Resultaten: RSC Eiche Sandhofen II — SRK Viernheim 7:1; AC Germania Rohrbach II — AC Germania Ziegelhausen II 2:6 und SG Kirchheim — TSV Malsch 8:0.

Bei einem interessanten Freundschaftskampf zwischen ASV Schifferstadt und KSV Wiesental trennte man sich nach Beendigung der einzelnen Begegnungen mit 4:4 Punkten.

KSV-Gewichtheber wollen Zweiter werden

Im Kampf um die nordbadische Mannschaftsmeisterschaft empfing die Gewichtheberstaffel des KSV 1884 Mannheim den Liganeuling SV Germania Obrigheim, von welchem sich die „1884" überraschend im Vorkampf besiegen lassen mußten. In der Aufstellung: Schnell, Langknecht, Maier, Glaser, Hoffmann und Böhler entschieden die Mannheimer die drei beidarmigen Uebungen. Das beidarmige Reißen, Drücken und Stoßen jeweils mit 865 : 845 Pfund, 990:855 Pfund und 1185:1125 Pfund für sich, während die Obrigheimer: Stephan, Hauser, Klaus, Blank, Horch und Reichert lediglich im einarmigen Reißen mit 670:665 Pfund siegreich bleiben konnten und damit im Gesamtergebnis mit 3615:3495 Pfund klar geschlagen wurden. Im Mannheimer Kreisklassenkampf blieb die zweite Mannschaft des KSV 1884 Mannheim knapp geschlagen. SRK Viernheim siegte mit 3500:3495 Pfund.

Das hat gerade noch gefehlt!

„Fall Lidy" 1924 — „Fall Lipponer" 1950

Im Frühjahr 1924 war der SV Waldhof als Rheinbezirksmeister bei den Endspielen um die süddeutsche Meisterschaft in klarer Führung und aussichtsreichster Anwärter auf den Meistertitel. Mitten hinein in den Endspurt unseres Meisters platzte der „Fall Lidy". Entgegen allen Satzungsbestimmungen wurden dem SV Waldhof aus mehreren von ihm gewonnenen Endspielen um die süddeutsche Meisterschaft alle Punkte aberkannt. Was nützte es, daß im Berufungsverfahren das Urteil abgeändert wurde — es hatte seine Wirkung nicht verfehlt. Der Schock hatte die Waldhofmannschaft aus der Siegesbahn geworfen und die süddeutsche Meisterschaft ging nach Nürnberg.

Man wird an diesen Vorgang erinnert, wenn man die Entscheidung der Oberliga-Spruchkammer vernimmt, die ein schon seit einigen Wochen kursierendes Gerücht von einer längeren Disqualifikation des Waldhof-Mittelstürmers Lipponer bestätigt. Lipponer soll im Spiel gegen 1860 in München am 15. Januar 1950 gegen einen Münchener Spieler tätlich geworden sein. Der Schiedsrichter hat den Vorfall nicht beobachtet und deshalb auch nichts unternommen. Nach dem Spiel hat dann einer der Linienrichter den Vorfall gemeldet und es ist nun nach Verlauf von fast zwei Monaten dieser Spruch ergangen, daß Lipponer für 3 Monate disqualifiziert wurde.

Die Sache wäre in Ordnung und es bestände nicht die geringste Veranlassung gegen Lipponers Bestrafung etwas einzuwenden, wenn es sich nicht hierbei um die Anwendung eines Verfahrens handeln würde, dessen Auswirkung zu den schwersten Bedenken berechtigt. Wir wissen, wieviele vom Schiedsrichter übersehene Tätlichkeiten, gegenseitige Bedrohungen und sonstige grobe Verstöße in fast jedem Spiel vorkommen. Erinnern wir nur an die üble Holzerei beim Spiel VfR — Mühlburg, bei dem sogar eine große Anzahl der prominentesten „Aufpasser" von den Sportbehörden auf dem VfR-Platz anwesend waren. Ein halbes Dutzend Platzverweise wären fällig gewesen, aber der Schiedsrichter hat nichts gesehen und die „Aufpasser" hüllten sich in Schweigen. Wir können nach jedem Sonntag in der Sportpresse lesen, daß der Schiedsrichter in diesem oder jenem Spiel eine Tätlichkeit übersehen hätte, aber wir haben niemals davon gehört, daß gegen die namentlich genannten Spieler hinterher mit oder ohne Anzeige etwas unternommen wurde.

Es ist die Pflicht eines Linienrichters, den Schiedsrichter auf Vorgänge aufmerksam zu machen, die dem Schiedsrichter entgangen sind, damit der Schiedsrichter dann die entsprechenden Maßnahmen trifft. Wenn im vorliegenden Fall der Linienrichter sofort nach dem Vorfall dem Schiedsrichter Meldung gemacht hätte und der Schiedsrichter dann den Tatbestand feststellen und eine entsprechende Entscheidung hätte fällen können, dann wäre die Sache in Ordnung gewesen. Man stelle sich aber die Folgen vor, wenn das von der Oberliga-Spruchkammer im Falle Lipponer angewendete Verfahren Schule macht. Dann könnten nach jedem Spiel Anzeigen einlaufen mit Linienrichter-Entscheidungen, vielleicht sogar „eidesstattlichen" Erklärungen oder Momentaufnahmen aus dem Spiel, bei denen zufällig eine dem Schiedsrichter entgangene Tätlichkeit festgehalten ist. Die Tatsachenentscheidung des Schiedsrichters über alle Spielvorgänge während des Spiels war ein unantastbarer Grundsatz der Rechtsprechung. Der Linienrichter kann eine solche vom Schiedsrichter versäumte oder übersehene Tatsachenentscheidung herbeiführen und nachholen lassen - aber nur durch Eingreifen während des Spiels unmittelbar nach dem Vorgang. Deshalb wird und muß diese Entscheidung der Oberliga-Spruchkammer im Berufungsverfahren aufgehoben werden.

Das wäre grundsätzlich zu diesem Präzedenzfall zu sagen. Darüber hinaus aber hat diese Angelegenheit noch eine besondere Bedeutung. Am 15. Januar war das Spiel in München, bei dem der Vorfall sich ereignete. Ausgerechnet vor dem Lokaltreffen Waldhof — VfR wird das Urteil ausgesprochen und Lipponer gesperrt! Nachdem übrigens schon seit einigen Wochen das Gerücht von einer Sperre Lipponers in Mannheim kursierte. Wußten denn die Herren der Spruchkammer nicht, welche Spannung seit dem letzten Lokaltreffen auf dem VfR-Platz, bei dem ein Waldhofspieler beim Verlassen des Spielfeldes schwer mißhandelt wurde, im Lager der Lokalrivalen herrscht? Wußten sie nichts von den Gerüchten, daß zwei der besten Spieler Waldhofs zum VfR übertreten würden? Sie konnten es wissen, denn ein Mitglied der Spruchkammer ist ja aus Mannheim. Wenn die Spruchkammer volle zwei Monate gebraucht hat, um zu diesem Spruch zu kommen, dann wäre es auch auf eine weitere Woche nicht mehr angekommen und sie hätte mit der Verhängung der Sperre über Lipponer bis nach dem Lokaltreffen warten können. Was den Vereinen, die nach dem 15. Januar gegen Waldhof spielten, recht sein mußte, das konnte auch dem VfR noch billig sein. Es wäre niemand damit benachteiligt, der Sache selbst aber viel genützt worden. Die Verhängung der Sperre volle zwei Monate nach dem Münchener Spiel und unmittelbar vor dem kritischen Lokaltreffen muß ja wie Oel in einer bereits schwelenden Glut wirken. Das hätten die Herren von der Spruchkammer bedenken sollen. Sie haben dem SV Waldhof seine an sich schon schwere Aufgabe, das so leidenschaftlich umstrittene Lokaltreffen ohne Explosionen durchzuführen, ganz bestimmt nicht erleichtert.

Wie entstand dieses Gerücht?

Dr. Klingen dementiert Vereinswechsel von Paul Lipponer

Der 1. Vorsitzende des SV Waldhof, Dr. Klingen, dementierte eine Pressemeldung, wonach der Mittelstürmer des SV Waldhof, Paul Lipponer, beabsichtigen soll, zum Lokalrivalen VfR Mannheim überzutreten. Dr. Klinger sagte, diese Meldung sei „aus der Luft gegriffen." Auch die Gerüchte, wonach der erfolgreiche Läufer Rendler in Zukunft bei den „Rasenspielern" tätig sein werde, würden jeder Grundlage entbehren. Dr. Klingen äußerte, wenn Paul Lipponer seinen Verein wechseln wolle, hätte er das schon längst auf Grund großzügiger Angebote tun können, die jeder andere Spieler wahrscheinlich sofort angenommen hätte. Paul Lipponer komme aus der Waldhof-Jugend und sei mit seinen Kameraden der jetzigen Ligamannschaft, die sich zu 90 Prozent aus eigenem Nachwuchs zusammensetze, verwachsen.

Internationale Sportnachrichten

Neuer Weltrekord von John Marshall

Der australische Schwimmer John Marshall stellte am Mittwoch in New Haven/Connecticut einen neuen Weltrekord über 220 Yards Kraul in 2:07,0 Minuten auf, womit er die alte Bestleistung von Bill Smith (USA) aus dem Jahre 1944 um einzehntel Sekunden verbesserte.

ten Hoff — Kohlbrecher in Hannover

Die deutsche Schwergewichtsmeisterschaft zwischen Hein ten Hoff und dem Herausforderer Wilson Kohlbrecher ist nunmehr für den 30. April als erste Freiluftveranstaltung nach Hannover abgeschlossen worden. Die Frist für den Abschluß des Titelkampfes „im Freiverkehr" wurde gegen den Willen von ten Hoff bis zum 5. März verlängert. Kurz vor Ablauf der Frist gab Hannover sein Einverständnis, diesen Kampf zu übernehmen.

Der bekannte sowjetische Schwimmer Leonid Meschkow schwamm in Minsk einen neuen Landesrekord über 100 m Brust. Er verbesserte die bestehende Bestleistung um 1,6 Sekunden von 1:14,8 auf 1:13,2.

Aus eigener Kaffee-Rösterei:
Bohnenkaffee stets frisch . 125 g ab DM 3.-
FERNER
Ausl. Schokolade 100 g Tafel DM -.85
Backfert. Kuchenmehl Beutel á 500 g Inhalt DM -.22
Laufend Eingänge von frischen Eiern zu billigsten Tagespreisen
Schreiber
GEGR. 1850

Das Kaufhaus KÖSTER
führt am Montag, 13. März,
neben seinem bisherigen Bargeschäft den allbekannten
und altbewährten DEFAKA-Kredit-Verkauf wieder ein.
und firmiert wieder
DEFAKA
DEUTSCHES FAMILIENKAUFHAUS
INH. EMIL KÖSTER A.-G.
am Paradeplatz